



Neu seit 1. Mai

Serviceoptimierung:
Antraglose
Familienbeihilfe



Stephan Schulmeister

„Der Neoliberalismus
zerstört Europas
Sozialstaaten“



teamGwork

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

2/2015



Zeitbombe Nicht-Wähler

Warum die mangelnde Wahlbeteiligung
dem Vormarsch der Rechten nützt

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Hier finden Sie die **beste Lösung für Ihre Geldangelegenheiten.**

Wir bieten Ihnen das Neukunden-Paket mit attraktiven Angeboten und exklusiven Sonderkonditionen für:



- s Komfort Konto
das modernste Konto Österreichs
- s Kreditkarte
- s Komfort Sparen
- s Wohn Kredit
- s Autoleasing
- Wertpapiere

Michael Kramer
Mobiler Kundenberater

Tel.: 05 0100 6 – 16616
E-Mail: michael.kramer@erstebank.at

Ich freue mich auf Ihren Anruf!



Politik & Gewerkschaft

- 04 **Facts & Figures**
Europa - die konzertierte Sozialpolitik scheitert
- 05 **Leitartikel**
Besoldungsreform
- 06 **Thema**
Tickende Zeitbombe
Nichtwähler
- 12 **Interview**
Stephan Schulmeister: Neoliberalismus zerstört Europa

Hauptgruppe 1

- 15 **Dienstrecht**
Wissenswertes für den Krankheitsfall
- 18 **Dienststellen**
Qualitätsmanagement und seine Grenzen

Gesund & Leben

- 24 **Neue Serie**
Partnerschaft - Für immer dein?

Freizeit

- 26 **Kunst & Kulinarik**
Die Empfehlungen der teamwork-Redaktion

Special Interest

- 28 **Frauen**
Antraglose Familienbeihilfe
- 31 **Bildung**
Solide Qualifizierung Ihrer PersonalvertreterInnen

Tipps & Service

- 33 **Sport**
HG1-Sport-Angebote für jeden Geschmack

Höchste Zeit zum Nachdenken über notwendige Leistungen



BILD: © PETRA SPIOLA

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Jaja, wir wissen es alle: Die Kassen der Stadt sind trocken bis zum Grund. Und dennoch erwarten die BürgerInnen immer wieder neue Leistungen, immer attraktivere Beiträge zum schönen Leben, zur optimal funktionierenden Stadt. Wer wollte ihnen das verdenken? Und von den PolitikerInnen wird vorausgesetzt, dass sie sich darum kümmern. Sieht man den Tatsachen ins Auge, zieht jeder neue Kindergarten, jedes neu gebaute Straßensegment, jede neu gestaltete Grünfläche Folgekosten nach sich, die sich zu anderen, längst bestehenden gesellen. Das schwarze Loch am Ende des Tunnels

ist vorauszusehen.

Woher also soll das Geld kommen? Mit dem Zauberstab der Verwaltungsreform sei das alles machbar, hört man seit Jahren und vermisst Details. Der Rechnungshof hatte nach 2007 und 2009 schließlich 2011 ein Bündel von 599 Vorschlägen zur Verwaltungsreform auf den Tisch gelegt: „... zur Erhöhung der Effizienz, zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Verwaltung, zur Stärkung der Bürgernähe und damit zur Hebung von Einsparungspotenzialen.“

Die Stadtregierung zieht seit Jahren den Gürtel der MitarbeiterInnen enger. Kapazitätsreserven sind verbraucht worden. Kein Wunder, dass Burn-out um sich greift.

Bei klammen Finanzen lautet das Zauberwort rechnungshofgetreu „Verwaltungsreform“. Unsereins könnte darunter etwa Aufgabenkritik verstehen: Leistungen einstellen, die nicht mehr zu schaffen sind. Die Bundesregierung, die gerade noch versprochen hatte, dass die Menschen sich ihre von den Gewerkschaften mühsam erkämpfte Steuerreform nicht selbst bezahlen müssten, denkt nicht über Strukturformen nach. Verwaltungsreform ist für Personalminister Josef Ostermayer Sparen beim Personal: „Wo sonst?“

Eine Meinung dazu können wir uns bequem selbst bilden und danach handeln.

 michael.kerschbaumer@wien.gv.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der GdGKMSfB - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: 01/31316/83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Norbert Pelzer **StV:** Michael Kerschbaumer, Manfred Obermüller, Margit Pollak **Redaktionskomitee:** Richard Andraschko, Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Alexander Kautz, Michael Kerschbaumer, Marianne Klepac-Baur, Werner Krachler, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Norbert Pelzer, Margit Pollak, Nicole Tuschak, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann, Karin Zauner **Chefredaktion:** Richard Andraschko **Layout:** esberger | strategie&kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentzsch, 1210 Wien | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. anderen Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfoto:** Shutterstock

Europa

Das Scheitern der konzertierten Sparpolitik der EU-Mitgliedstaaten ist offensichtlich: Nach sieben Jahren Wirtschaftskrise sind 23 Millionen Menschen ohne Arbeit, und die Eurozone steht am Rande der deflationären Stagnation, während die Krise auch die öffentlichen Schulden nach oben trieb.

Ein kaputtgespartes Europa statt öffentlicher Investitionen

Mit der Verschärfung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) wurde die Finanzpolitik genau in dem Augenblick weiter eingeschränkt, in dem sie am meisten gebraucht wurde. So gingen gerade die öffentlichen Investitionen in der EU in den vergangenen drei Jahren um fast 50 Milliarden Euro bzw. mehr als ein Zehntel zurück. Sie hätten die Volkswirtschaften stabilisieren und langfristig ein Wachstum ermöglichen sollen. Die „Goldene Investitionsregel“ besagt ja, dass Investitionen in öffentliche Infrastruktur umfassend gefördert werden sollen.

richtet, zu welchem die Mitgliedstaaten und private Investoren beitragen können und sollen.

Wachstumsorientierte Investitionen nicht in Schuldenquote

Die GdG-KMSfB begrüßt diesen Sinneswandel der Kommission als einen Schritt in die richtige Richtung, bezweifelt aber die Höhe der Hebelwirkung des Paketes. Idealerweise würde ein umfassender europäischer Investitionsplan durch öffentlich finanzierte strategische Projekte vorangetrieben werden. Öffentliche Investitionen erhöhen den öffentlichen Kapitalstock und damit auch die Wachstumsmöglichkeiten für zukünftige Generationen, welche daher auch zur Finanzierung dieser Investitionen beitragen sollen. Ist aber – so wie gegenwärtig in Europa – eine Schuldenfinanzierung nicht möglich, wird den derzeitigen Generationen eine übermäßige Steuerlast auferlegt, was zu Unterinvestition führt.

Die Finanzierung wachstumsorientierter Zukunftsinvestitionen sollte daher bei der Berechnung der für die europäischen Fiskalregeln maßgeblichen Defizit- und Schuldenquoten ausgeklammert werden.

Lesen Sie dazu auch das Interview mit dem Ökonomen Stephan Schulmeister auf den Seiten 10 und 11.

teamwork-Wissen

EFSI (Europäischer Fonds für strategische Investitionen) wird Sektoren unterstützen, die für die europäische Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen:

- Strategische Infrastruktur, etwa im Telekommunikations-, Verkehrs- und Energiesektor – insbesondere Verbundnetze – sowie Stadtentwicklung
- Bildung, Forschung und Innovation
- Ökologisch nachhaltige Projekte, Förderung der erneuerbaren Energien und Ressourceneffizienz
- Kleinere Unternehmen



BILD: © GdG-KMSfB

Thomas Kattnig
Bereichsleiter EU,
Internationales und
EU der GdG
Mitglied im Europä-
ischen Wirtschafts-
und Sozialausschuss

Geldpolitik allein bringt keinen Aufschwung

Die europäischen Gewerkschaften fordern bereits seit Jahren ein Investitionspaket. Mittlerweile hat sich auch auf EU-Ebene herumgesprochen, dass es einer expansiveren Finanzpolitik bedarf, weil die auf sich allein gestellte Geldpolitik keinen stabilen Aufschwung herbeiführen kann.

In einem ersten Schritt möchte die Kommission im Rahmen der Investitionsoffensive mit einem bescheidenen Einsatz von EU-Mitteln in der Höhe von 21 Milliarden Euro (eine Garantie von 16 Milliarden aus dem EU-Haushalt und fünf Milliarden von der Europäischen Investitionsbank/EIB) privates Kapital anziehen und damit per Hebelwirkung in den nächsten drei Jahren ein Investitionsvolumen von insgesamt mindestens 315 Milliarden Euro mobilisieren. Dafür wird innerhalb der EIB-Gruppe ein Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) einge-

„Die ‚Goldene Investitionsregel‘, wonach Zukunftsinvestitionen nicht in die öffentlichen Defizite einzuberechnen sind, wäre das wirksamere Investitionspaket.“

Alle Arbeitsgruppen bestätigen ein konstruktives und positives Arbeitsklima trotz des notwendigen Mehraufwands

Besoldungsreform: Jetzt geht es Schlag auf Schlag


BILD: © GÖG HGT

Michael Witzmann
Organisationsreferent der Hauptgruppe 1

Der Programmstrukturplan für die Dienstrechts- und Besoldungsreform umfasst acht Teilprojekte (P1 Programmmanagement und Kommunikation, P2 Besoldung NEU, P3 Organisation, P4 Recht, P5 Finanzen, P6 IT, P7 Personalmarketing / Employer Branding und P8 Personalentwicklung) mit vielen Arbeitspaketen, die notwendig sind, um dieses geschichtsträchtige Projekt erfolgreich umzusetzen.

Wir befinden uns derzeit ausschließlich im Arbeitspaket „Funktionsbewertung magistratsweit“.

Portfolio für Jobfamilien entwickelt

Die Firma CFS hat nach wissenschaftlichen Methoden ein Portfolio mit den verschiedenen Jobfamilien in Verwaltung, Technik, Infrastruktur, Führung, soziale Arbeit/soziale Dienste, Gesundheitsberufe, Kindergarten erstellt. Gemeinsam mit einem Bewertungsteam wurden zwischenzeitlich auch bereits die Jobfamilien für Berufsfeuerwehr und Berufsrettung erstellt. An der Jobfamilie IKT wird noch intensiv gefeilt. Hier unterstützt federführend als Dipl.-Ing. Norbert Weidinger als Vertreter der Dienstgeberin. Der Bereich ist mit MA 14, KAV-IT und KAV-AKH sowie vielen verschiedenen Funktionen samt unterschiedlichen Bezeichnungen und den bereits bekannten Herausforderungen der Zukunft sehr komplex. Wir sind jedoch auch hier auf einem sehr guten Weg und stellen diese neue Jobfamilie gerade fertig.

Qualität durch detaillierte Zuordnung

Im Bereich der Hauptgruppe 1 läuft bei den Zuordnungsprozessen in den einzelnen Abteilungen alles sehr gut, wie aus den Zuordnungsteams berichtet wird. Essenziell ist für die Qualität des Ergebnisses

immer, dass die Arbeitsplatzbeschreibungen aktuell und präzise ist. Nur so können die Aufgaben in die zugehörige Jobfamilie, die Modellfunktionen der richtigen Modellstelle zugeordnet werden. Bei dieser Zuordnung werden das Organigramm der Abteilung sowie teilweise auch die Anforderungsprofile für die Funktionen unterstützend herangezogen. Es werden nur der IST-Stand einer Abteilung abgebildet und lediglich Funktionen in die neuen Portfolios zugeordnet, jedoch keine Personen bewertet.

Personalvertretung ist einbezogen

Das ist der Ablauf: Zuerst übermittelt die Abteilung an die MD-PR für alle Funktionen ihrer Abteilung die Arbeitsplatzbeschreibungen, Anforderungsprofile sowie alle ihre Organigramme. Danach entwickeln die Zuordnungsteams auf Basis dieser Unterlagen einen Zuordnungsvorschlag und übermitteln ihn der Abteilung nach einer prozesserklärenden Kick-off-Veranstaltung. Im Anschluss überprüft die Abteilung gemeinsam mit der Personalvertretung den Zuordnungsvorschlag. Nach ungefähr 14 Tagen werden Workshops zwischen der Dienststelle und dem Zuordnungsteam vereinbart. Dabei wird über alle Abänderungswünsche von Dienststelle und Personalvertretung im Einzelnen diskutiert.

Nach Abstimmung aller Argumente und nochmaliger Durchsicht der Stellenbeschreibungen wurde bislang in 99 Prozent der Fälle Übereinstimmung erzielt. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Steuerungsgremium. Es wird, nachdem alle Funktionszuordnungen vorliegen, mit diesen Daten entsprechende Quervergleiche durchführen.

 michael.witzmann@wien.gv.at

Demokratie vor der **Zerreißprobe zwischen FPÖ und Wahlverweigerung**

Tickende Zeitbombe Nichtwähler

Seit den Wahlergebnissen in der Steiermark und im Burgenland ist endgültig klar: Die Mehrheit der Bürger fühlt sich von den Politikern nicht mehr verstanden und von den Meinungsmachern in den Medien negiert. Sie reagieren mit plakativem Protest oder totaler Verweigerung. **Von Norbert Pelzer**



BILD: © PETRA SPIOLA

Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Der erste KURIER-Kommentar zu den massiven Wahlverlusten von SPÖ und ÖVP in der Steiermark und im Burgenland noch am Wahlabend lautete: „Eine starke FPÖ. Was jetzt?“ Die Kronen Zeitung kommentierte den Siegeszug der FPÖ mit dem Titel „Wenn dann alles anders wird“. Mit „Die ewig blaue Karte“ kommentierte Der Standard das Wahlverhalten unzufriedener Bürger bei den ersten beiden Landtagswahlen 2015, „Der stille Protest in der Wahlzelle“ betitelte Die Presse ihren Kommentar am Tag danach. Und die Wiener Zeitung fasste ihren Leitartikel unter der Überschrift „Triumph des Unbehagens“ zusammen.

Der Schock über die Stimmeneinbuen der beiden ehemaligen Großparteien am Abend des 31. Mai war groß. Das Entsetzen über die Zugewinne der Freiheitlichen noch größer. Dass SPÖ und ÖVP bei den Landtagswahlen Verluste würden hinnehmen müssen, haben Meinungsforscher und Medien vorhergesagt. Das Ausmaß der Verluste – vor allem aber die enormen Zugewinne der FPÖ – hat allerdings sogar erfahrene Politikbeobachter überrascht.

„Es ist alarmierend, dass besonders bei der jüngeren Generation das Gefühl verloren geht, mit der Wahlteilnahme ein Bürger-Recht wahrnehmen zu können – für sie wird Nichtwählen normal und selbstverständlich.“

Protest- & Nichtwähler nehmen dramatisch zu
Die drei wesentlichen Erkenntnisse:

1. Die Wähler der FPÖ in Bausch und Bogen als „Modernisierungsverlierer und Radikal-Protestwahler aus bildungsfernen Schichten“ links liegen zu lassen rächt sich, jeden Tag mehr.
2. Die Anziehungskraft der blauen Populismustruppe rund um HC Strache wird immer wieder massiv unterschätzt; neue Parteien wie die NEOS oder das Team Stronach sind für die Mehrheit der Unzufriedenen keine Alternative.
3. Dass inzwischen – je nach Wahl und Region – im Schnitt jeder und jede Dritte gar nicht mehr wählen geht, wurde diesmal kaum beachtet. In der zunehmenden Wahlverweigerung liegt aber neben der gefährlichen „Mir-san-mir“-Politik der FPÖ die eigentliche Gefahr für den sozialen Frieden in Österreich.

Mehrheit von Nichtwählern & FPÖ-Wählern nicht verleugnen

Die Zahlen der beiden letzten Landtagswahlen dazu sind alarmierend: 24% aller Wahlberechtigten im Burgenland haben von ihrem Recht zur politischen Mitbestimmung keinen Gebrauch gemacht, also ein Viertel aller Burgenlanderinnen und Burgenländer! Zusammen mit den WahlerInnen der FPÖ sind das um 10.000 BurgerInnen mehr als jene, die der SPÖ eine gültige Stimme gegeben haben.

Wirklich erschreckend sind aber die Zahlen aus der Steiermark: Dort hat jede/jeder Dritte die Stimmabgabe verweigert – genau 32,10%. Damit liegt die Gruppe der NichtwahlerInnen signifikant vor allen angetretenen Parteien! In absoluten Zahlen: 309.613



BILD: © FOTOLIA/DE

Nichtwähler stehen 189.763 SPÖ-WählerInnen gegenüber, 184.300 ÖVP-WählerInnen und 173.332 FPÖ-WählerInnen. Zählt man also die NichtwählerInnen und die WählerInnen der FPÖ zusammen, haben diese gemeinsam 482.945 Stimmen – die beiden Traditionsparteien gemeinsam konnten gerade einmal 374.063 WählerInnen von sich überzeugen.

Wahlenthaltung ist ein Problem!

Mangelnde Wahlbeteiligung wird oft vorschnell mit Politikverdrossenheit gleichgesetzt. Meinungsforscher reden eher von Politikmüdigkeit, da ein Teil der Nichtwähler mit der Demokratie und dem politischen System durchaus zufrieden sind, auch Interesse am politischen Geschehen zeigen. Alarmierend ist allerdings, dass besonders bei der jüngeren Generation das Gefühl verloren geht, mit der Wahlteilnahme ein Bürgerrecht wahrzunehmen – Nichtwählen wird normal und selbstverständlich.

Auch viele Politikwissenschaftler sehen einen gewissen Rückgang noch nicht als das eigentliche Problem, sondern die Gründe für die Wahlabstinenz sowie deren langfristige Auswirkungen bereiten Sorgen. Alle Studien stimmen darin überein, dass Nichtwähler überproportional aus nicht-privilegierten

Detaildaten der bisherigen Landtagswahlen 2015 Steiermark

SPÖ verlor: 36 Tsd. Stimmen → an Nichtwähler ← 23 Tsd. Stimmen
31 Tsd. Stimmen → an FPÖ ← 56 Tsd. Stimmen

Quelle: <http://orf.at/wahl/steiermark15/#analysis/migration>



Nichtwähler: 309.613 Stimmen
= 32,10 % aller Wahlberechtigten
FPÖ: 173.332 Stimmen
= 26,76 % aller gültigen Stimmen
Nichtwähler & FPÖ gemeinsam:
482.945 Stimmen
SPÖ- & ÖVP-Wähler gemeinsam:
374.063 Stimmen

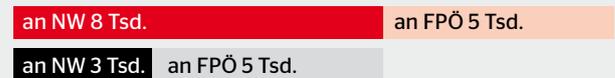


Quelle: https://egov.stmk.gv.at/wahlen/LT2015/LT2015_60000.html

Detaildaten der bisherigen Landtagswahlen 2015 Burgenland

SPÖ verlor: 8 Tsd. Stimmen → an Nichtwähler ← 3 Tsd. Stimmen
5 Tsd. Stimmen → an FPÖ ← 5 Tsd. Stimmen

Quelle: <http://orf.at/wahl/burgenland15/#analysis/migration>



Nichtwähler: 60.051 Stimmen
= 23,96 % aller Wahlberechtigten
FPÖ: 27.970 Stimmen
= 15,04 % aller gültigen Stimmen
Nichtwähler & FPÖ gemeinsam:
88.015 Stimmen
SPÖ- & ÖVP-Wähler gemeinsam:
132.027 Stimmen



Quelle: <http://wahl.bgl.gv.at/wahlen/lt20150531.nsf/vwGKZ/10000>

„Der Protest der Bürger besteht aus Wahlverweigerung und dem Wählen von unappetitlichen Parteien.“

Bevölkerungsgruppen stammen. Sie machen den wesentlich größeren Anteil der Wahlverweigerer aus, im Gegensatz zu sporadischen Nichtwählern, die sehr bewusst der Wahl fern bleiben und aus allen Bildungs- und Einkommensschichten kommen. Konsequentes Nichtwählen führt aber zu Demokratiedistanz, zur Entfremdung vom Gefühl, mitbestimmen, etwas bewirken zu können. Wahlverweigerer fühlen sich oft ohnmächtig als Bürger, sind signifikant unzufriedener mit der Politik und stellen rasch das demokratische System in Frage. Ein Teufelskreis, der rasch gefährlich werden kann.

Dabei ist auch der Großteil der dezidierten Wahlverweigerer politisch interessiert. Aber sie fühlen sich von den politischen Akteuren nicht ernst genommen. „Die Politiker haben kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute“, „Den Politikern geht es doch nur um ihre eigene politische Karriere“ sowie „Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander“ sind die Hauptargumente. Sie selbst verorten Wahlverweigerer in der politischen Mitte; sie wären also durchaus an den traditionellen, gemäßigten Parteien interessiert. Nur diese orientieren sich inzwischen fast ausschließlich an den Bedürfnissen und Ängsten des gehobenen Mittelstands – und unterstellen weniger Gebildeten gerne generelles politisches Desinteresse, um unbequemen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen.

Nichtwähler überzeugen lohnt sich doppelt

Für die Wien-Wahl heißt das, sich auf die FPÖ, vor allem aber auch auf die resignierten NichtwählerInnen zu konzentrieren – aus demokratiepolitischen, aber auch wahltaktischen Gründen. Denn laut Wählerstromanalyse hat die SPÖ in der Steiermark 31.000 Stimmen an die FPÖ verloren, aber 36.000 an die Nicht-Wähler. Im Burgenland sind 5.000 SPÖ-Stimmen zur FPÖ gewandert, aber 8.000 Stimmen zu den Nichtwählern. Es gibt ohnehin keine Alternative als sich ernsthaft und ehrlich den Sorgen der Wahlverweigerer zu stellen.

 norbert.pelzer@wien.gv.at

Wahlpflicht in Österreich

Nationalratswahl:

Seit 1949 bis zum 30. April 1992 bestand in den Bundesländern Steiermark, Tirol und Vorarlberg Wahlpflicht. Ab der Nationalratswahl 1986 galt die Wahlpflicht auch im Bundesland Kärnten. Mit der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1992 wurde die Möglichkeit des Landesgesetzgebers, eine Wahlpflicht anzuordnen, aufgehoben. Bei der Nationalratswahl 1994 gab es erstmals keine Wahlpflicht mehr.

Bundespräsidentenwahl:

Bis zum Jahr 1982 bestand bei Bundespräsidentenwahlen in allen Bundesländern die allgemeine Wahlpflicht. Diese allgemeine Wahlpflicht wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1982 aufgehoben. Damit bestand nur mehr in jenen Bundesländern Wahlpflicht, in denen dies durch ein Landesgesetz angeordnet war. Bei den Bundespräsidentenwahlen 1986 und 1992 bestand noch in den Bundesländern Kärnten, Steiermark, Tirol und Vorarlberg Wahlpflicht, 1998 nur mehr in Tirol und Vorarlberg. Seit der Bundespräsidentenwahl 2010 besteht im gesamten Bundesgebiet keine Wahlpflicht mehr.

„Wahlverweigerer fühlen sich oft ohnmächtig als Bürger, sind signifikant unzufriedener mit der Politik und stellen meist das demokratische System in Frage. Ein Teufelskreis, der rasch gefährlich werden kann.“

Querraunzer



Meinung

„Das Boot ist voll!“

„Ansturm der Armen“ titelte 1991 der „Spiegel“. Seither dauert die Debatte an. „Das Boot Europa ist voll!“, sagen die einen, die anderen kontern mit humanistischen oder mit wirtschaftlichen Argumenten: „Das schrumpfende Europa braucht Zuwanderung!“ Wenn Wohlstand und Sicherheit nicht zu den Menschen kommen, dann kommen die Menschen zu Wohlstand und Sicherheit. Weil sie keine andere Chance haben. Die Geburtslotterie entscheidet, in welche Gesellschaft man hineingeboren wird. Glückssache. In den vergangenen Wochen habe ich in den Medien Bilder jener gesehen, die eben nicht so viel Glück hatten wie ich. Menschen, die in Syrien, im Sudan, in Eritrea, Gambia oder in anderen afrikanischen Staaten geboren wurden. Frauen, Männer, Kinder – eingepfercht wie Vieh in schrottreifen Frachtern, in völlig überfüllten Schlauch- oder Fischerbooten. Flüchtlinge. Allein im vergangenen Jahr sollen laut der Internationalen Organisation für Migration im Mittelmeer bis zu 3.072 Menschen umgekommen sein. Ein stiller Tod. Die Zahl der Vermissten: unbekannt. Seit 2014 sind mehr als 280.000 Bootsflüchtlinge illegal nach Europa gekommen. Die Odyssee über das Mittelmeer ist die einzige Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen.

Und wie reagiert EU?

Die EU-Kommission hat sich durchgerungen, 20.000 Menschen fix aufzunehmen und sie auf die Staaten zu verteilen. Aber 20.000, das sind nur 7 Prozent aller Mit-

telmeer-Flüchtlinge im Jahr 2015. Österreich soll 444 aufnehmen, mehr geht nicht, sagen viele, weil: „Das Boot ist voll!“ Die ÖVP will Christen, die SPÖ alle, die FPÖ keine und vor allem keine Moslems. Weltweit gibt es 18,1 Millionen Flüchtlinge, die in einem anderen Staat Zuflucht suchen; nur wenige schlagen sich bis Europa durch. Die meisten bleiben in einem Flüchtlingslager in ihrer Region. So kommt es, dass im Iran (75 Mio. Einwohner) 1,6 Mio. Flüchtlinge aufgenommen worden sind und im Libanon (6 Mio. Einwohner) 1,1 Mio. Wer sagt da: „Das Boot ist voll!“? Viele PolitikerInnen vergessen: Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Es braucht legale Fluchtwege nach Europa! Die EU kann und darf hier nicht länger zusehen. Vor etwas mehr als sieben Jahrzehnten waren es u.a. viele ÖsterreicherInnen, die geflohen sind – vor den Nazis. Sie fanden Asyl – in Europa und in Übersee. Das ist Solidarität!

Wendelin

Nichtwählen zerstört die Demokratie

„Demokratie steht außer Streit. Aber der Einzelne kann halt nichts verändern.“ Diese Sätze sind gefährlich. Sie gefährden den Fortbestand der Demokratie.



BILD © WEINWURM

Karin Zauner
Sozialwissenschaftlerin, HG 1-Mitglied & teamwork-Autorin

Sie geht sukzessive zurück – nahezu überall in Europa: die Wahlbeteiligung. Während in Österreich im Jahr 1949 rund 95 Prozent der Wahlberechtigten bei den Nationalratswahlen gewählt hatten, waren es 2013 nur noch 74 Prozent. Vor allem die Jugendlichen – 75 Prozent der 14 bis 29-Jährigen – geben an, politisch völlig uninteressiert zu sein.

Was sind die Ursachen dieser Demokratieverdrossenheit in Österreich? In den wissenschaftlichen Diskursen werden immer wieder dieselben Gründe genannt: die Auflösung traditioneller Milieus, die Individualisierung der Interessen, Lebensstile und Werthaltungen und der Rückgang der Bindung an Parteien und andere Institutionen. Die Globalisierung und Weiterentwicklung der Technologien hat unser Leben extrem beschleunigt und durchgebeutelt. Wir paddeln im Meer der Informationen und versuchen nicht unterzugehen. Dennoch ist es kaum möglich, aufzutauchen und sich einen Überblick zu verschaffen.

In den Medien ist laufend die Rede von der Krise in all ihren Schattierungen, von Mord und Totschlag, Betrug, Skandalen und Katastrophen, Kriminalität, Machtmissbrauch und von der Verschwendung von Steuergeldern. Am Ende bleibt der Blick auf eine Welt voll Hinterhältigkeit und Unsicherheit, auf einen Staat, der sich nur bereichern möchte, für viele ein Feindbild. Das Vertrauen in seine RepräsentantInnen ist angeschlagen: PolitikerInnen genießen laut einer Fessel-GfK-Studie unter allen Berufsgruppen in Österreich das geringste Vertrauen – noch weniger als Banker und Werbefachleute.

Die konservativen Regierungen propagieren seit Jahren: Der Staat sei unfähig; gewinnorientierte Private könnten alles besser. Aus Wohlfahrtsstaaten sollen Wettbewerbsstaaten werden, in der soziale Sicherheit zur Privatsache wird. Es gibt dann nur noch ein „Entweder-Oder“: Gewinner oder Verlierer.

Viele Menschen fühlen sich diesen Kräften hilflos und machtlos ausgeliefert. Sie kämpfen mit den Folgen der Bankenkrise, mit Dauerarbeitslosigkeit,

Verarmung und Elend. So ist heute jeder fünfte Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren in Europa arbeitslos, in Spanien sind es 45 Prozent. Und Griechenland; Menschen ohne Perspektive.

„Was kann ich an diesen Zuständen schon ändern?“, denken sich viele. „Warum soll ich wählen gehen, wenn eh alles schlechter wird?“, „Die Politiker können mich gern haben. Alles Idioten!“ Sprüche wie diese sind in der Öffentlichkeit immer wieder zu hören.

Warum aber unternehmen die Menschen nichts gegen die Missstände, die sie anprangern? Warum gibt es keine flächendeckenden Aufstände gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne? Der berühmte deutsche Soziologie Jürgen Habermas spricht von der Erschöpfung der Utopie, der Vorstellungskraft von einem anderen, besseren Leben. „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, hat der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt 1980 gesagt. Margaret Thatcher hat das neoliberale Denken mit ihrem berühmten Satz „There is no alternative“ in den Köpfen der Menschen einzementiert. Und das mit Erfolg.

Doch die Menschen spüren, dass die Gesellschaft Veränderungen braucht. Gleichzeitig sind sie aber der Meinung, dass jene, die meinen, die Welt verändern zu können, Träumer seien. Sie halten am neoliberal geprägten Status quo fest – obwohl sie darunter leiden (auch weil sie Angst vor Veränderungen ha-



BILD © FOTOLIA.DE

ben) und es für sie ja ohnehin keine Alternative zu geben scheint.

Der Rückzug aus dem politischen Geschehen und die Überzeugung, ganz und gar nichts verändern zu können, sind aus Sicht der SozialwissenschaftlerInnen sehr gefährlich für den sozialen Frieden. Denn in Zeiten der Angst und Unsicherheit sind sie unterwegs: die angeblichen Erlöser und Führergestalten, die ZünderInnen und HetzerInnen. In ihre Fänge geraten jene, die sich im politischen System nicht (mehr) vertreten fühlen, und jene, die zu schwach sind, sich zu artikulieren, und die nach Anerkennung, Werten und autoritären Strukturen suchen.

Die starken Zugewinne der rechten Parteien in den europäischen Staaten müssen allen Demokraten und Demokratinnen zu denken geben. Wenn Menschen auf Veränderungsprozesse mit Extremismus und Radikalisierung reagieren, dann führt das dazu, dass sie die Schwächsten in der Gesellschaft abwerten. Das gefährdet die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt.

Auch wenn Menschen nicht zur Wahl gehen: Sie können sich niemals nicht politisch verhalten. Das Nichtwählen ist immer auch eine politische Handlung – eine sehr starke noch dazu. Sie stellen damit die Demokratie in Frage und unterstützen jene Kräfte, die nicht das Miteinander, sondern das Gegeneinander forcieren und damit den Frieden in Europa gefährden.

In der Geschichte waren es immer Einzelpersonen, die den Anstoß zu Veränderungen gegeben haben. In der Gegenwart ist dies ebenso. Einzelinitiativen halten die Demokratie am Leben. Der deutsche Sozialphilosoph Oskar Negt sieht Demokratie als Lebensform und meint: „Die Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter.“ Nur so bleibt eine Demokratie gewappnet gegen Extremismus jedweder Form. Sätze wie „Demokratie ist selbstverständlich“ sind der Beginn der widerstandslosen Aufgabe der Demokratie.

„Überwertiger Realismus“ – die Resignation vor dem Leben

Der Begriff „überwertiger Realismus“ wurde vom Philosophen Theodor W. Adorno geprägt. Er beschreibt das Phänomen, dass Menschen sich „überwertig“ mit den gegebenen, scheinbar unausweichlichen Verhältnissen identifizieren, unter denen sie leiden, weil es zu ihnen ja ohnehin keine Alternative zu geben scheint. Zumindest, weil man sich keine realistische vorstellen kann. Es fehlt an Visionen. Wer jedoch davon überzeugt ist, dass die Zukunft der Gesellschaft offen und gestaltbar ist, der wird Krisen sicherlich nicht so einfach hinnehmen und neue Wege beschreiten.



BILD: © FOTOLIA.DE

„Die Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter.“
Oskar Negt

Generaloffensive auf Europas Sozialstaaten

Warum der Neoliberalismus Europas Sozialstaaten zerstört und es dringend eines Gegenangriffes bedarf, erklärt Ökonom Stephan Schulmeister im teamwork-Interview mit Karin Zauner.

Wer regiert die Welt: Die Finanzmärkte oder die Politik?

Ich fürchte, niemand regiert die Welt. Regieren bedeutet ja, nach einem bestimmten Konzept gesellschaftliche Prozesse beeinflussen zu wollen.

Also konzeptlose Regierungen?

Die Regierungen regieren nicht, weil sie keine Diagnose haben, wie die europäischen Gesellschaften immer tiefer in die Krise gerutscht sind, und daher auch kein Konzept entwickeln können, wie man aus der Krise herauskommen kann. Sie machen Symptomkuren. Das ist für mich nicht Regieren, sondern ein Sich-dauernd-Anpassen.

Und die Finanzmärkte?

Die Märkte regieren auch nicht. Sie sind keine Wesen, die tun, fühlen oder etwas steuern. Auf den Finanzmärkten gibt es verschiedene Akteure, die ihr Geld vermehren wollen – überwiegend Investmentbanken. Ich nenne sie auch „Finanzalchemie-Banken“, weil sie sich darauf spezialisiert haben, aus Geld mehr Geld zu machen – ohne Umweg über die Realwirtschaft. Ihr unkontrolliertes Profitstreben führt in die nächste Krise.

Trotz der vielen Krisen der vergangenen Jahre scheint es so, als werde die Herrschaft der Märkte als etwas Unabänderliches hingenommen. Stimmt dieser Eindruck?

Sicherlich. Die neoliberalen Ideologen behaupten, es gebe keine Alternative zur Dominanz der Märkte über die Politik – wie es die britische Premierministerin Margaret Thatcher ausgedrückt hat: „There is no alternative“. Neoliberale Ideologen sind der Überzeugung, dass –

wenn man nur die Marktkräfte sich selbst überlässt – alles durch eine „unsichtbare Hand“ zum Besten gelenkt werde. Diese Aussage ist jedoch durch keine einzige konkrete Erfahrung gestützt. Sie beruht auf der neoliberalen Marktreligiosität.

Wie konnte sich dann das marktreligiöse Weltbild durchsetzen?

Der Prozess begann im Jahr 1947 mit der Mont-Pèlerin-Gesellschaft in der Schweiz, die von dem österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek gegründet wurde. Diese Gesellschaft entwickelte sich zu einem genial konzipierten Netzwerk von neoliberal denkenden Ökonomen und Eliten, die über viele Jahrzehnte Machtpositionen auf wichtigen Universitäten erobert haben. Dieses Netzwerk hat Konzepte gegen den Sozialstaat und gegen den Einfluss der Gewerkschaften entwickelt und auf den Tag X gewartet, wo das herrschende System der sozialen Marktwirtschaft in Schwierigkeiten geraten würde. Anfang der 1970er Jahre war es dann soweit: Sie legten ihre Konzepte auf den Tisch. Es begann die Generaloffensive auf Europas Sozialstaaten. Und als dann der Neoliberalismus 2008 in seine wohl größte Krise geriet, fehlte der linke Gegenangriff. Diese Situation kann man vergleichen mit zehn aufgelegten Elfm Metern – und keiner wurde eingeschossen. Im Gegenteil: Die Folgen der Finanzkrise wurden benützt, um die Offensive gegen den Sozialstaat und gegen die Gewerkschaften noch intensiver voranzutreiben.

Fehlt es an Mut?

Ich denke schon. Die Offensive gegen den Neoliberalismus ist wie ein riesiger Herdeneffekt. Die jungen Menschen

möchten Karriere machen und sind natürlich besser bedient, wenn sie mit dem Mainstream mitschwimmen, als die Rolle eines „schwarzen Schafes“ zu übernehmen.

Wie geht es weiter?

30 Millionen sind in Europa arbeitslos, Millionen haben nur prekäre Jobs. Aber die Eliten, leider auch die Führer der Sozialdemokratie, haben die Orientierung verloren. Sie sind nicht bereit, den Kurs der letzten Jahre und Jahrzehnte grundsätzlich zu überdenken. Sie passen sich an. Das sieht man ganz klar an der Zustimmung zum Fiskalpakt.

Der Fiskalpakt begrenzt die Neuverschuldung der Staaten und öffnet damit Tür und Tor für Privatisierungen. Was halten Sie davon?

Der Fiskalpakt kann zum Totengräber des europäischen Sozialmodells werden, weil er durch seine speziellen Regeln den Handlungsspielraum der Politik extrem einschränkt. Wir haben die Situation, dass Ökonomen in den Vorzimmern der Minister, im Kabinett der Regierungschefs der EU-Kommission, in der EZB etc. sitzen. Die darin wurden, dass mehr privat, weniger Staat“ immer gut und die Politik nur ein Störfaktor sei. Es fehlt aber auch an Alternativen, die zeigen, dass Probleme durch den Sozialstaat besser und effizienter gelöst werden können als durch die Marktkräfte.

Ist der Fiskalpakt eine völlige Entmündigung der Politik?

Ja, er ist eine verheerende Fehlkonstruktion. Jetzt erkennt auch EU-Kommissionspräsident Juncker, dass sich die Politiker mit dem Fiskalpakt in einen



BILD © PRIVAT

Wissen

Der Europäische Fiskalpakt („Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“) zwingt die teilnehmenden Länder, deren strukturelles Defizit (jährliche Neuverschuldung abzüglich konjunkturellem Defizit) 0,5% des jeweiligen BIP oder deren Gesamtschuldenquote 60% des BIP überschreitet, ihre Haushaltsprogramme und Maßnahmen zum Schuldenabbau der EU-Kommission und dem EU-Rat vorzulegen und von diesen genehmigen zu lassen.

Käfig eingesperrt und den Schlüssel rausgeworfen haben. Der Pakt ist auf ewig angelegt. Da gibt es keine Austrittsklausel. Er ist konstruiert als völkerrechtlicher Vertrag, aus dem man nicht mehr herauskommt, außer man tritt aus der EU aus. Herr Juncker versucht nun, öffentliche Investitionen, die aufgrund des Fiskalpakts nicht mehr vom Staat gemacht können, von privaten Unternehmen durchführen zu lassen, natürlich mit entsprechenden Gewinnen und einer begleitenden Garantie gegen Verluste. Das ist grotesk.

Wo sehen Sie in dieser Entwicklung die Rolle der Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften sind durch den Vormarsch der neoliberalen Ideologien immer mehr in die Defensive geraten und verharren dort. In dem derzeit herrschenden Krieg um Machteinfluss und Vermögensverteilung wird es Zeit, dass sie eine Gegenoffensive starten, indem sie die Probleme der kleinen Leute benennen und ihnen konkrete Lösungen präsentieren. Die Gewerkschaften müssen mit einfachen Themen die Zustimmung der Menschen erkämpfen.

Das wäre eine offensive Strategie für die nächsten Krisenschübe, die bestimmt kommen werden.

Lesen Sie dazu auch den Beitrag von Thomas Kattinig auf Seite 4.

 karin.zauner@wien.gv.at

„Der Neoliberalismus ist die Umkehr der Aufklärung: der Wiedereintritt des Menschen in die selbstverschuldete Unmündigkeit. Anstelle von Gott, Kaiser und Vaterland wurde ein neues ‚höheres Wesen‘ geschaffen: der Markt.“

Bin ich verpflichtet, bei Wahlen mitzuarbeiten?



BILD: © PETRA SPOLIA

Der 11. Oktober 2015 naht mit großen Schritten. Die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungs-Wahlen stellen die Wahlbehörden vor schwierige Aufgaben. Deshalb gibt es die Verpflichtung zur Mitarbeit für Bedienstete. Bei Angelegenheiten der direkten Demokratie, insbesondere bei allen Wahlen, werden in den mehr als 2.000 Wiener Wahlspengeln zukünftig ca. 10.000 MitarbeiterInnen benötigt. Rechtzeitig davor ersucht die Magistratsdirektion - Personal und Revision - Gruppe Personalwirtschaft und Förderungen alle Dienststellen, die in Frage kommenden MitarbeiterInnen in entsprechender Zahl bekannt zu geben. Tipp: Freiwillige Meldungen können jederzeit in Ihrer Dienststelle deponiert werden. Zu beachten ist in jedem Fall, dass einige Tage vor der Wahl bis einen Tag nach der Wahl Urlaubssperre für die bei den Wahlen engagierten Bediensteten mit Erlass festgelegt wird. Sollten Sie aus persönlichen Gründen (z.B. geplanter Urlaub, AlleinerzieherIn etc.) nicht mitarbeiten können, geben Sie das rechtzeitig in Ihrer Dienststelle bekannt. Ihre FSG-PersonalvertreterInnen beraten Sie gerne!

 manfred.obermueller@wien.gv.at

Wann muss ich Beginn und Ende einer Elternkarenz bekannt geben?



BILD: © PETRA SPOLIA

Auf Antrag gebührt BeamtInnen und Vertragsbediensteten Elternkarenz (gegen Entfall der Bezüge) bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Geburt des Kindes. Elternkarenz kann entweder ausschließlich von einem Elternteil oder von beiden Elternteilen nacheinander oder abwechselnd in Anspruch genommen werden. Eine gleichzeitige Karenz beider Elternteile ist einmalig einen Monat lang bei Wechsel der Betreuungsperson möglich. Bei gleichzeitiger Inanspruchnahme endet der Anspruch spätestens mit Ablauf des 23. Lebensmonates des Kindes. Die Elternkarenz beginnt frühestens acht Wochen nach der Geburt des Kindes und muss mindestens zwei Monate betragen. Wurde die Elternkarenz im ersten Antrag nicht bis zum Höchstausmaß beantragt, ist eine Verlängerung möglich. Dieser Antrag ist bis spätestens drei Monate vor dem Ende der ursprünglich beantragten Elternkarenz zu stellen. Ausnahme: Würde die Verlängerung weniger als drei Monate dauern, dann ist der Antrag spätestens zwei Monate vorher zu stellen. Zwischen dem Ende der Schutzfrist und dem Beginn der Elternkarenz kann Urlaub verbraucht werden. In diesem Fall kommt es zu keiner Aliquotierung des Urlaubsanspruches. Rechtsgrundlage: § 53 DO 1994, § 31 VBO 1995

 margit.pollak@wien.gv.at

Wann muss ich eine ArbeitnehmerInnenveranlagung durchführen?



BILD: © PETRA SPOLIA

Im Gegensatz zur freiwilligen ArbeitnehmerInnenveranlagung (ANV) sind Sie unter bestimmten Umständen dazu verpflichtet, eine Pflichtveranlagung beim Finanzamt einzureichen. Hierbei sind besondere Fristen zu beachten bzw. können Sie in manchen Fällen warten, bis Sie das Finanzamt zur Abgabe der ANV auffordert. Bis 30. April mit dem Formular (L1) bzw. bis 30. Juni des Folgejahres mittels FinanzOnline (<https://finanzonline.bmf.gv.at/fon/>, Bürgerkarte / Handy mit Bürgerkartenfunktion erforderlich) müssen folgende Einnahmen veranlagt werden:

- Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, die keinem Lohnsteuerabzug unterliegen
 - Eine zu hohes Pendlerpauschale/der Pendlereuro wurde ohne Voraussetzung verrechnet
 - Sie haben einen steuerfreien Kinderbetreuungszuschuss erhalten, für den keine Voraussetzung vorlag
- Bis 30. September des Folgejahres:
- Sie haben zumindest zeitweise gleichzeitig zwei oder mehrere lohnsteuerpflichtige Bezüge erhalten
 - Der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag oder der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag wurde berücksichtigt, obwohl die Voraussetzungen nicht vorlagen

Bei Aufforderung:

- Z. B. bei Erhalt von Kranken- oder Rehabilitationsgeld, Bezügen für Truppenübungen, Bezügen vom Insolvenz-Entgelt-Fonds, Bezügen für einen Dienstleistungsscheck
- Pflichtversicherungsbeiträge oder Pensionsbeiträge wurden rückerstattet.
- Ein Freibetragsbescheid wurde berücksichtigt

 guenter.unger@wien.gv.at

Krank zu werden kann man sich nicht aussuchen

Wer krank wird und nicht arbeiten gehen kann, muss das unbedingt durch ärztliche Bestätigung nachweisen. Und kann mit Weiterzahlung der Nebengebühren rechnen.

Beachten: Nebengebühren trotz Krankenstands

Wer krank ist, ist krank und sollte nichts tun, das die Gesundheit gefährden könnte. Ob Arbeitsunfähigkeit vorliegt, entscheidet alleine der behandelnde Arzt oder Amtsarzt.

Krankenstand unverzüglich melden

ArbeitnehmerInnen sind verpflichtet, der Arbeitgeberin unverzüglich eine Erkrankung zu melden. Das geschieht spätestens zu Arbeitsbeginn in den meisten Fällen per Anruf, E-Mail oder Fax an die DienststellenleiterIn oder entsprechend beauftragte Personen. Anschließend sollte man unverzüglich einen Arzt aufsuchen und sich krankschreiben lassen.

Was in der Bestätigung stehen muss

Die Dienstgeberin hat nämlich das Recht, von den ArbeitnehmerInnen eine Krankenstandsbestätigung zu verlangen. In der Bestätigung müssen Beginn, voraussichtliche Dauer und Ursache der Arbeitsverhinderung – Erkrankung oder Unfall –, aber keinesfalls die Diagnose angeführt werden. Ist der Krankenstand ganz oder teilweise auf die Einwirkung Dritter zurückzuführen (z. B. im Falle eines Verkehrsunfalls mit Fremdverschulden), erfolgt die Meldung unverzüglich schriftlich im Dienstweg an die MA 2. Jeder Dienst- oder Arbeitsunfall ist ebenfalls unverzüglich den Zuständigen in der Dienststelle zu melden

Bestätigung bei mehr als drei Kalendertagen

Die Krankmeldung ist bei einem länger als drei aufeinander folgende Kalendertage dauernden Krankenstand spätestens am vierten Tag der Dienstverhinderung sofort vorzulegen. In einigen Dienststellen kann aber auch ab dem ersten Krankenstandstag eine ärztliche Krankmeldung verlangt werden. Kommen ArbeitnehmerInnen den Melde- und Nachweispflichten nicht nach, wird für die Dauer der Säumnis kein Lohn bezahlt. Bedienstete sind grundsätzlich verpflichtet, sich auf Verlangen einer zumutbaren Krankenbehandlung zu unterziehen. Eine Weigerung zieht dienstrechtliche Konsequenzen nach sich.

Was mit den Nebengebühren passiert

§ 38 der Besoldungsordnung regelt, dass Bedienstete, die durch Krankheit oder Unfall an der Dienstleistung verhindert sind, Rechtsanspruch auf die ruhegenuss- bzw. pensionsfähig anrechenbar erklärten Nebengebühren (z. B. Überstunden, Computerzulagen etc.) bis maximal 16 Wochen haben, wenn die Verhinderung nicht vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt ist. Bei anerkanntem Dienstunfall oder einer bescheinigten Berufskrankheit verlängert sich dieser Zeitraum bis maximal 26 Wochen. Dasselbe gilt für Kur- und Rehaaufenthalte.

Aber Vorsicht: Tritt innerhalb von sechs Monaten nach Wiederantritt des Dienstes abermals eine Dienstverhinderung durch Krankheit oder Unfall ein, so gilt sie als Fortsetzung der früheren Dienstverhinderung.

✉ manfred.obermueller@wien.gv.at


BILD: © PETRAS SPOLA

Manfred Obermüller
 Stellvertretender
 Vorsitzender der
 Hauptgruppe 1

„Arbeiten in dieser Stadt macht sicherlich nicht krank, wie oftmals behauptet wird. Die unqualifizierten Aussagen und Unterstellungen von manchen in den Medien vermitteln diesen Eindruck. Und wenn Bedienstete krank werden, dann ist dank der Gewerkschaft die Entgeltfortzahlung gesichert.“

Einsteiger, Umsteiger, Aufsteiger

Neue Geschäftsführerin für Biosphärenpark

DI.ⁱⁿ Andrea Moser, bisher in leitender Funktion im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, wurde zur neuen Geschäftsführerin des Biosphärenparks Wienerwald bestellt. Sie folgte Mag.^a Hermine Hackl.

SozialarbeiterInnen wählen Berufsgruppenausschuss

Der Berufsgruppenausschuss der SozialarbeiterInnen wurde im März neu gewählt. Er ist ein beratendes Gremium in der GdG-KMSfB-LG Wien. Vorsitzende sind Andreas Schadauer und Gabriele Zahrer. Der Ausschuss hat in der Vergangenheit u. a. eine erfolgreiche Unterschriftenaktion für ein Berufsgesetz der diplomierten SozialarbeiterInnen initiiert und das Gesetz schließlich durchgesetzt.

„Neueröffnung“ bei der Behindertenvertretung

Inklusion soll gelebt werden. Gemeinsam wollen sich die neu gewählten Vorsitzenden der Behindertenvertretung der Stadt Wien Mag. Harald Castek (HG1) als BVP-Landessprecher und sein Stellvertreter Boris Wotruba von der HG2 an der Spitze ihrer Teams für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung einsetzen.



Neu gewählter Behindertensprecher Mag. Harald Castek und sein Stellvertreter Boris Wotruba

Redewettbewerb

Katharina Artelt, Berufsschule für Verwaltungsberufe, gehörte mit „Tatort Menschheit“ zu den SiegerInnen beim heurigen Wiener Landesredewettbewerb.

Kalligraph des „Goldenen Buchs“ geehrt

Den „Goldene Rathausmann“ gab's für den „Erfinder“ des Goldenen Buchs der Stadt Wien Rudolf Bauer. Der frühere Planzeichner bei der Stadtvermessung, nunmehr 80 Jahre alt, gestaltet seit 1957 die geschichtsträchtigen Blätter kalligraphisch.



Rudolf Bauer, das Gesicht hinter dem „Goldenen Buch“.

Harmlose Schweine sollen nicht geworfen werden

Mit Schweinereien musste sich der Nationalrat vergangenen Herbst befassen. Den routinierten Parlamentariern vom Team Stronach war ein Schwein ins Auge gesprungen, das dort gar nichts verloren hatte. Las man doch im Kraftfahrgesetz vom Schwein, das zurückgeworfen werden sollte, falls es angestrahlt würde. „Davon ausgegangen werden kann, dass im KFG 1976 Scheinwerfer anstatt Schweinwerfer gemeint sein sollten, dient dieser Antrag einer redaktionellen Klarstellung“, heißt es im Antrag, mit dem sich erst der Verkehrsausschuss und dann das Plenum des Nationalrats zu befassen hatten. Die machten schließlich das Schwein zum Schein, beseitigten Unklarheiten im § 14 des Kraftfahrgesetzes und sorgten für Vereinfachung, weil damit jetzt klärende Rückfragen entbehrlich sind.



Darüber lachen ja die Schweine!

Notfallmedizin: Aus jedem Einsatz lernen

Franz K., 57, liegt auf dem Boden. Vor Minuten ist er zusammengebrochen. Sein Herz ist völlig aus dem Tritt gekommen. Dennoch weigert sich das Rettungsteam, den Defibrillator einzusetzen. Die Familie ist verzweifelt. Lassen sie Franz jetzt sterben? Warum tut denn keiner was?

Dass er Asystolie - eine nicht mit Elektroschock behandelbare Herzrhythmusstörung hat - können sie nicht wissen. Das Rettungsteam hat aber nicht nur die notwendige Ausbildung, sondern stützt sich auch auf immer wieder aktualisierte Behandlungsempfehlungen bei Herz-Kreislauf-Stillstand der europäischen Fachgesellschaft für Wiederbelebung (ERC). Das gehört zum Ausbildungsprogramm bei der Wiener Berufsrettung. Und erlaubt es notfallmedizinischen Fachkräften, ihre Entscheidungen jederzeit nachvollziehbar zu begründen.

3.800 Stunden zur weiteren Professionalisierung

Im heurigen Frühjahr startete zur zukunftsweisenden weiteren Professionalisierung der Berufsrettung Wien als österreichweites, zukunftsweisendes Pilotprojekt die erste Fortbildungsreihe „Diplomierter Notfallsanitäter NKI“. Die Ausbildung des nicht-ärztlichen Rettungsdienstpersonals findet in Modulen statt. Das Modul „NKI-Notkompetenz Intubation und Beatmung“ ist aktuell die höchstmögliche Ausbildungsstufe mit alles in allem 980 Ausbildungsstunden.

Der Lehrgang umfasst 3.800 Ausbildungsstunden innerhalb von drei Jahren. Hierbei entfallen 1.600 Stunden auf theoretische Ausbildung, weitere 500 Stunden auf Praktika in klinischen Spezialabteilungen und schließlich weitere Stunden auf das anschließende „Anerkennungsjahr“ unter Supervision. AbsolventInnen der Fortbildungsreihe sollen keineswegs als Konkurrenz zu notärztlichem Personal gesehen werden, sondern der multiprofessionellen Zusammenarbeit auf Augenhöhe dienen.

Mündige PatientInnen auf dem Weg zu ExpertInnen

Nach Ansicht der Experten bei der Wiener Berufsrettung gehört die Zukunft dem sogenannten „evidenzbasierten Handeln“ - also auf Basis durchgängig einheitlich messbarer Fakten. Evidenzbasierte Medizin bedeutet auf empirische Belege gestützte Heilkunde, die PatientInnen schlüssig erklärbar sein soll. In der Notfallmedizin ist allerdings nicht immer genug Zeit dafür.

Einheitliche Standards für tägliche Arbeit

Die medizinisch-wissenschaftlichen Leitungen der verschiedenen Rettungsorganisationen sollten einheitliche Standards für Aus- und Fortbildung sowie zur Nutzung täglich neu gewonnener Erfahrungen definieren und damit eine allgemeine Qualitätssteigerung erzielen. Nicht nur das: Messgrößen erlauben auch die Beurteilung, ob die investierten Mittel wirtschaftlich und nutzbringend eingesetzt werden.

patrick.aigner@wien.gv.at

Hauptinspektionsoffizier-Einschuler,
Ausbildner in der Wiener Rettungsakademie



BILD: © BERUFSRETTUNG WIEN

Wiener Berufsrettung ist Vorreiterin bei höchstmöglicher evidenzbasierter Ausbildung in 3.800 Stunden. Wiener PatientInnen haben's gut.

„Evidenzbasierte Medizin bedeutet auf empirische Belege gestützte Heilkunde.“

Weil nicht geht, was nicht möglich ist

Standardisierte Leistungen lassen sich gut miteinander vergleichen und sind geeignet für erfolgreiches Qualitätsmanagement. Schwierig wird's, wenn das Gemeinsame im Unterschiedlichen liegt. Normieren lässt sich nur, was zusammenpasst.

Irritiert sind die SchulwartInnen und RaumpflegerInnen der Wiener Schulverwaltung: Sie finden sich plötzlich im Korsett einer weitverbreiteten ISO-Norm, die gut dafür geeignet ist, dem Qualitätsmanagement Leistungsvergleiche zu ermöglichen. Allerdings ist der Wartungsaufwand in jeder Klasse anders, und auch die Verwendung für schulfremde Veranstaltungen passt in diesen ISO-Raster nicht hinein. Alles über einen Kamm zu scheren führt zu Ungerechtigkeiten und Missstimmung. Daher wendet sich die Personalvertretung gegen diese übergestülpte Norm, die keine subjektive Betrachtung zulässt.

Essensbrösel und Teddybären inklusive

Für unsere KollegInnen – gleich ob SchulwartInnen oder RaumpflegerInnen – ist die pauschale Umsetzung der ISO-Norm nicht möglich. Schulen bzw. schulisch genutzte Räumlichkeiten sind von Raum zu Raum und von Objekt zu Objekt gesondert zu bewerten. Im Raumbuch der MA 56 wird nur die Grundausrüstung von Räumlichkeiten festgehalten. Die Ausstattungen und Einrichtungen sind in der Praxis allerdings deutlich verschieden. Klassenräume unterscheiden sich in vielem. Sie werden in der ganztägigen Betreuung auch als Freizeitbereich genutzt. Das bedeutet: Spiele,

Teppiche und Sportgeräte werden noch zusätzlich eingebracht. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen von LehrerInnen, Eltern und Elternvereinen privat mitgebrachten Möbel, Teppiche, Spielsachen usw. Sie erschweren die tägliche Unterhalts- und die Hauptreinigungen erheblich und bedeuten einen nicht mehr bewältigbaren Arbeitsaufwand für unsere KollegInnen. Dass in den Klassenräumen mangels Alternativen auch Essen eingenommen wird, macht die Sache nicht leichter.

Personalvertretung wehrt sich, weil's nicht geht

Das Qualitätsmanagementsystem eines Unternehmens sollte mit einer ISO-9001-Zertifizierung ausgezeichnet sein. Die MA 34 als Dienstleisterin handelt danach und erfüllt diese Norm. Sie definiert konkret die Mindestanforderungen und verlangt vom Qualitätsmanager die Bereitschaft, das Managementsystem einem ständigen Verbesserungsprozess zu unterziehen. Aber es ist schlicht und einfach nicht möglich, Unterrichts- bzw. Schulräume wie ein Produktionsunternehmen pauschal einer ISO-Norm zu unterwerfen. Daher wehrt sich die Personalvertretung nachdrücklich dagegen.

Qualitätsmanagement unterstützt die Führungskräfte, weist den Bediensteten einen klar definierten Arbeitsbereich zu und plant die täglich zu erbringenden Dienstleistungen der Bediensteten. Dadurch sind die Leistungen und Aufgaben **SMART**.

S = Spezifische Ziele, müssen eindeutig definiert sein
M = Messbare Ziele, müssen messbar sein
A = Akzeptierte Ziele, müssen anerkannt worden sein
R = Realistische Ziele, müssen möglich sein
T = Terminiert = zeitlich begrenzt

Wissen

Grundsätze des Qualitätsmanagements (nach EN ISO 9000:2005)

- Kundenorientierung
- Führung
- Einbeziehung der Personen
- Prozessorientierter Ansatz
- Systemorientierter Managementansatz
- Ständige Verbesserung
- Sachbezogener Ansatz zur Entscheidungsfindung
- Lieferantenbeziehungen im Sinne des gegenseitigen Nutzens

Klassenräume sind mehr als Tafel, Tische und Sessel.



AssistenzpädagogInnen - die zukünftige Berufsgruppe macht von sich reden

Eigentlich gibt es diese Berufsgruppe noch gar nicht, aber schon reden alle darüber. Die Gewerkschaft hatte Druck gemacht und sich schließlich durchgesetzt.

200 wollen AssistenzpädagogInnen werden

Dem tollen Angebot der Stadt Wien in puncto berufliche Weiterentwicklung von KindergartenassistentInnen standenn hohe Anforderungskriterien gegenüber. Argumentieren, Nachhaken und Dranbleiben der Gewerkschaft haben sich ausgezahlt! Die Dienstgeberin verzichtet nächstes Jahr auf das Kriterium der Einreihung in „3P“ zugunsten der Verwendungsgruppe „3“. Gut – so können mehr KollegInnen mit Potenzial und Interesse diese Chance nutzen.

Bei der diesjährigen Anmeldung haben sich rund 200 (davon 60 Interne) für einen Ausbildungsplatz beworben. Die reguläre Ausbildung, die sich sowohl an Bedienstete der MA 10 als auch an Externe richtet, startet im September 2015. Ab Sommer 2018 werden die ersten fertig ausgebildeten KollegInnen die Teams in den MA-10-Kindergärten unterstützen.

Ausbildungsverträge, Aufgabenbeschreibung

Bis dahin gibt es jedoch noch genug zu tun – nicht nur für die Auszubildenden und die Lehrenden, sondern auch für deren Vertretung als Personalvertretung und Gewerkschaft.

Alles Neue ist naturgemäß mit viel Verunsicherung und auch vielen offenen Fragen verbunden. Einige Punkte sind noch nicht geklärt, es gibt noch manches zu regeln: Ausbildungsverträge müssen entworfen und die Aufgabenfelder der neuen Berufsgruppe konkretisiert werden. Es stellt sich auch die Frage nach der tatsächlichen Funktionsbeschreibung. Bereits bestehende Nebengebühren müssen auch für diese neue Berufsgruppe angepasst werden. All dies ist noch zu erarbeiten und zu verhandeln.

Es ist aber auch wichtig zu wissen: Was schaut Ende des Monats finanziell raus, wie wirkt sich das im „Börs!“ aus?

Das Einstiegsgehalt dieser Berufsgruppe wird deutlich über dem der KindergartenassistentInnen liegen. Weil die internen KollegInnen bei erfolgreicher Beendigung ihrer Ausbildung linear überreicht werden (also

nicht mit dem Einstiegsgehalt beginnen, sondern entsprechend ihrer Dienstzeit bei der Stadt Wien eingereicht werden) – wird deren Bezahlung selbstverständlich über dem Einstiegsgehalt liegen. Sie haben dann doppelt profitiert: Bezahlung während der Ausbildung und gleich ein höheres Gehalt als ihre extern einsteigenden KollegInnen.

Bei der Anmeldung zur Ausbildung als AssistenzpädagogIn hat sich auch gezeigt, wie relevant gesetzlich vorgeschriebene schulische Kriterien sind.

Wenn Sie Interesse an dieser Ausbildung haben, überprüfen Sie, ob und in welchem Fach Sie eine Aufnahmeprüfung machen müssten. Wenn ja, zahlt es sich für Sie vielleicht aus, Ihre Kenntnisse durch Kurse – z. B. an der VHS oder bei anderen Anbietern – aufzufrischen oder nachzuholen.

Gewerkschaftsmitglieder haben es gut! Sie erhalten pro Jahr einmal einen Bildungszuschuss – nützen Sie ihn!

✉ margit.pollak@wien.gv.at

✉ marianne.klepac-baur@wien.gv.at

- paedagogika.at/paedagogika/ausbildungsangebot/assistenzausbildung.html
Anmeldung, Eignung, Aufnahme:
✉ Nähere Informationen (pdf)
- www.gdg-kmsfb.at ✉ Button Weiterbildung
✉ Berufsbegleitende Förderung → Förderantrag downloaden

Argumentieren, Nachhaken und Dranbleiben der Gewerkschaft haben sich ausgezahlt! Die Dienstgeberin verzichtet nächstes Jahr auf das Kriterium der Einreihung in „3P“.

Stadtgärten

Krankenstand ist kein E-Card-Urlaub

Die Anzeichen eines grippalen Infekts waren nicht zu übersehen. Aber deshalb gehe ich doch nicht in einen Krankenstand. Der könnte mich ja den Job kosten, dachte er. Und darauf wollte und konnte sich der 33-jährige Kollege nicht einlassen. Dann kam eine Lungenentzündung dazu. Dann konnten die Ärzte nichts mehr für den Kollegen tun. Dann war er tot.



BILD: © RICHARD ANDRASCHKO

Erholung für die WienerInnen auch in dieser kleinen Parkanlage am Lainzerbach, die auch von den Wiener Stadtgärten gepflegt wird.

Zwei Monate zuvor hatte ein anderer Kollege dem Arbeitsplatz den Vorzug vor dem Schutz der Gesundheit gegeben. Die Angehörigen und viele unserer KollegInnen standen bald darauf weinend am offenen Grab.

Medienwirksam aus der Luft gegriffen wird dem öffentlichen Dienst oft sehr großzügiger Umgang mit Krankenstandstagen unterstellt; als ob man auf E-Card-Urlaub ginge. Tatsächlich haben viele KollegInnen sogar Angst, in Krankenstand zu gehen. Die 600 Saisonbeschäftigten zittern: Zu viele Krankenstandstage könnten sich für die Saisoniers negativ auf die Wiederaufnahme in der nächsten Saison auswirken.

„Kranke wolln wohl nicht hackln, tut's also anzahn“

Es ist für mich unerträglich, dass mittlerweile eines der wichtigsten Bewertungskriterien für MitarbeiterInnen die Anzahl ihrer Krankenstandstage ist. Die erbrachte Leistung scheint erst an zweiter Stelle zu stehen. Oft bloß vorgetäuschte Gesundheit sind die Antwort der KollegInnen auf den beständig zunehmenden Druck und die tägliche Angst vor dem Versagen.

Das ist gesellschaftspolitisch falsch – es werden durch Überforderung oft schwerere Erkrankungen provoziert, die nicht nur persönliches Leid zur Folge haben. Sie kosten auch das Sozialsystem mit den Krankenkassen einen Batzen Geld, das sich – etwa durch Gesundheitsvorsorge – weit sinnvoller einsetzen ließe. Die KFA setzt hier gemeinsam mit der HERA hervorragende Schritte. Aber die Anzahl der Flächen, die von den StadtgärtnerInnen gepflegt werden, steigt, Dienstposten und Budget stagnieren.

Schön, dass Wien immer grüner werden soll

Der öffentliche Dienst in Wien hat eine Produktivitätssteigerung erlebt, die ihresgleichen sucht. Mehr geht allerdings nicht mehr. Größere Flächen bedingen mehr Personal. Wir hören gerne, dass Wien immer grüner wird. Damit es auch so bleibt, brauchen wir aber ein höheres Personalbudget.

 werner.krachler@wien.gv.at

Run auf den **neuen Motorikpark** in Wiens Norden

Ein zweieinhalb Hektar großer Motorikpark wurde in der Süßenbrunner Straße 101 eingerichtet.

Die mehr als 20 Stationen mit 100 Einzelgeräten verbessern Koordination und Gleichgewicht, Orientierung und Geschicklichkeit, Kondition und Gewandtheit sowie Dehnung und Kräftigung. Die hier gebotenen Geräte und Einrichtungen gab es bisher in Wien noch nicht. Dazu findet man einen 700-m-Laufparcours und einen Wasserspielplatz für die Kleinen. Betreut wird der Motorikpark von den Wiener Stadtgärten.

www.motorikpark-wien.at



Der Motorikpark Wien an der Süßenbrunner Straße nahe dem neuen Tierquartier wird von den MitarbeiterInnen der Stadtgärten betreut.

Der Rathausmann für 1.200 Veranstaltungen im Jahr

Durch Ausflüge in verschiedene Berufe, Dazulernen, wo's nur ging, und besonderen Arbeitseinsatz hat Georg Grabensberger eine tolle Karriere hingelegt. Sein Personalvertreter Robert Zodl unterstützte den Aufstieg beim verständnisvollen Dienststellenleiter.

Nicht ohne mein Rad

Während andere noch dem ersten Kaffee des Tages entgegendämmern, ist er schon längst auf seinem eisernen Ross unterwegs von Simmering in die Felderstraße: Georg Grabensberger, oberster Veranstaltungsmacher der MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement im und rund ums Rathaus, ist lange vor dem Morgenverkehr auf der Piste. Sein Arbeitstag beginnt um sechs. Das geht sich mit dem Radl tadellos aus. Am Abend genießt er die gemütliche Fahrt: Auf dem Radweg geht's bequem über den Ring und entlang der Donau heimwärts. Keine Müdigkeit nach einem langen Arbeitstag? Grabensberger: „Ich brauche das gleichmäßige Dahinrollen, um den Kopf freizubekommen.“ Zum Auspowern geht er joggen und strampelt sich auf dem Drahtesel ab.

Ein Job, der keinen Spaß macht, macht krank

Anstrengung war für Georg Grabensberger schon immer Teil des Lebens. Und das hatte für den heute 54-jährigen Familienvater mit zwei erwachsenen Töchtern ursprünglich einen ganz anderen Berufsweg vorgesehen. Als 17-Jähriger absolvierte er eine Raumausstatterlehre und arbeitete sich bis zum Werkstättenleiter hoch. Dann wollte er „etwas ganz anderes“ machen, wurde Betriebsschlossergeselle und steuerte, inzwischen bei Wienstrom, die Werkmeisterprüfung an. Aber auch da nahm er bald die nächste Abzweigung und wurde als Facharbeiter bei der Rathausverwaltung aufgenommen.

Mit seinem genau passenden Lebenslauf startete Grabensberger bald als Werkstättenleiter für Schlosser, Tischler, Tapezierer und Maler und findet seither Spaß daran: „Ein Job, der keinen Spaß macht, macht krank“, ist er überzeugt.

Für sein Aquarianerhobby bleibt Grabensberger „jetzt gerade“ keine Zeit. Darum steht auf dem Fensterbrett im Büro ein Winzig-Aquarium mit Plastik-Fischerln. In der einstigen heimischen Schönfischerlzucht gähnt jetzt die Leere. In der Freizeit gehört seine Liebe heute einem Kleingarten in Simmering mit großem Terrarium und vielen blühenden Pflanzen.

Vera ist allen ans Herz gewachsen

Warum ihm die Zeit gar so knapp ist, sieht man an den vielen Stößen von Plänen überall in seinem Zimmer. Immerhin ist er mit einem neuen Team, das er sich selbst zusammenstellen durfte, verantwortlich für die Abwicklung aller Veranstaltungen in Rathaus und Umgebung. Das sind gut und gerne 1.200 im Jahr, manchmal fünf gleichzeitig, von 600 Ehrungen aller Art bis zu Großevents wie dem Live- oder dem Blumenball, Kongressen und besonderen Veranstaltungen der Gewerkschaft.

Man kann sich leicht vorstellen, welche komplexe Abläufe hier konzipiert, mit Partnern abgestimmt und abgewickelt werden müssen. Mit ein paar gelben Post-its oder Mails ist da nichts zu schaffen. Darum hat Grabensberger „Vera“ (kurz für Veranstaltungen) entwickelt, das allen Mitwirkenden in einem Netzwerk zugänglich ist und von allen Beteiligten mit den notwendigen Informationen befüllt wird, um Fehler fast hundertprozentig vermeiden zu können. Die Rückmeldungen von allen Seiten zeigen die Zufriedenheit der Auftraggeber.

„Doubt kills more dreams than failure ever will“, hat er an eine Bürowand gepinnt. Der Sager stammt aus dem Buch „Rise Up and Salute the Sun“ der Allroundkünstlerin Suzy Kassem.

„Für Zweifel ist keine Zeit, packen wir's an.“ Georg Grabensberger ist ein sympathischer Macher.


BILD: © MA 34 - BAU- UND GEBÄUDEMANAGEMENT

Veranstaltungsmacher Georg Grabensberger (rechts im Bild) und Personalvertreter Robert Zodl.

FSG ermöglicht berufsbegleitende Ausbildung

MA 11: Von der WirtschaftshelferIn zur SozialpädagogIn.

WirtschaftshelferInnen sind aus den sozialpädagogischen Einrichtungen der MA 11 nicht mehr wegzudenken. Die zeitlichen Ressourcen der SozialpädagogInnen müssen gezielt eingesetzt werden. WirtschaftshelferInnen werden von den SozialpädagogInnen immer öfter zur Unterstützung herangezogen. Dabei müssen sich die WirtschaftshelferInnen an die sozialpädagogischen Konzepte der Einrichtungen richten. Aufpassen auf und Versorgen von kranken Kindern, Begleitung von und zur Schule, zum Kindergarten, Begleitung zum Arzt, ins Krankenhaus oder zur Therapie, aber auch die direkte Mithilfe in der Wohngemeinschaft nehmen zu. Oft wird dadurch das Interesse an einer Ausbildung zur Sozialpädagogin geweckt. Im ersten Jahr kann man mit Gleichgesinnten die Studienberechtigungsprüfung ablegen und bereits das erste Ausbildungsjahr absolvieren.

Die berufsbegleitende Ausbildung zu SozialpädagogInnen ist nicht nur zeitintensiv, sondern auch kostspielig. Die FSG hat in nunmehr abgeschlossenen Gesprächen mit Abteilungsleiter Mag. Johannes Köhler erreicht, dass die MA 11 das sechssemestrige berufsbegleitende Kolleg für Sozialpädagogik an der Bildungsakademie ModAS („Modulare Ausbildung im Sozialbereich“) unterstützt. Die MA 11 stellt die KollegInnen für die notwendigen Wochentage der Ausbildung dienstfrei. Auch das notwendige Praktikum kann direkt in der eigenen Einrichtung absolviert werden. Für eine finanzielle Unterstützung bietet das AMS zahlreiche Möglichkeiten an.

Bei Fragen zu finanziellen Zuschüssen und zur Ausbildung wenden Sie sich direkt an die Bildungsakademie. Zu den Rahmenbedingungen bei der MA 11 stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

✉ andreas.walter@wien.gv.at

- Bildungsakademie ModAS, 8., Pfeilgasse 10-12/R04, Telefon: (01) 402 56 15
www.diebildungsakademie.at/ausbildung/
www.diebildungsakademie.at/foerderungen/
- Einmal jährlich können Mitglieder der GdG-KMSfB finanzielle Unterstützung für berufsspezifische Schulungen, Kurse, Seminare und für alle Studienabschlüsse des Zweiten Bildungsweges beantragen: <http://www.gdg-kmsfb.at>  Button Bildung  Berufsbegl. Förderung

Teambuilding der anderen Art in der MA 46

Monatelang haben zwölf KollegInnen der MA 46 darauf hingearbeitet, den Vienna City Marathon mit ihren drei Staffeln zu finishen: zehn Herren und zwei Damen.

Schon das Training wurde teilweise gemeinsam aufgenommen. In den Teams waren alle Hierarchieebenen der MA 46 bunt zusammengewürfelt. „Schön zu sehen, wie in den Staffelteams so viele KollegInnen mit unterschiedlichem sportlichem



BILD: © SHUTTERSTOCK / WARREN GOLDSWAIN

Level und unterschiedlichen Positionen in der Abteilung zu einem Team zusammenwachsen können“, so Abteilungsleiter Markus Raab, der auch selbst eines der Staffelteams anführte.

Zwei der drei Startläufer nahmen sogar den ganzen Marathon in Angriff. Das Staffelholz ging im Laufe des Laufes von einer Teamleiterin zum Sachbearbeiter und weiter zum Dezernatsleiter. Glücklicherweise fanden sich schließlich alle LäuferInnen unter dem Reiterdenkmal auf dem Heldenplatz zusammen, um gemeinsam den Erfolg zu feiern. Und wenn jemand bis dahin gemeint hatte, sich das nie wieder antun zu wollen, war schließlich unter dem Einfluss der Endorphine klar: Nächstes Jahr wieder! Dazu Thomas Hubmann, einer der Schlussläufer: „Für mich gilt das Motto: Nach dem Lauf ist vor dem Lauf. Ich habe meine Zeit pro Kilometer in den letzten zwei Jahren von 4:50 auf 3:51 Minuten verbessert. Und durch das viele Laufen bin ich im beruflichen Alltag viel ausgeglichener.“

Das Teambuilding wird also eine Fortsetzung finden - wer weiß, nächstes Mal vielleicht sogar mit vier Staffeln.

www.vienna-marathon.com/?url=result

Wie Sie die Pensionsvorsorge der Gemeinde Wien zur Eigenvorsorge nutzen können

Die Gemeinde Wien hat im Jahr 2009 ein Pensionskassenmodell für Gemeindebedienstete abgeschlossen. Seit dem werden monatliche Beitragszahlungen bei der VBV-Pensionskasse angespart und für die DienstnehmerInnen auf individuellen Konten verbucht. Die bereits in das Pensionskassenmodell einbezogenen DienstnehmerInnen erhalten jährlich im Mai eine genaue Information über die für sie eingezahlten Beiträge und eine Prognose ihrer zukünftigen VBV-Zusatzpension.

Ihre Gemeinde Wien-Vorsorge für die private Eigenvorsorge nutzen

Ihr Pensionskassenmodell von der Gemeinde Wien kann auch zur privaten Eigenvorsorge verwendet werden. Eigenbeiträge werden steuerlich besonders gefördert und erhöhen Ihre zukünftige VBV-Zusatzpension.

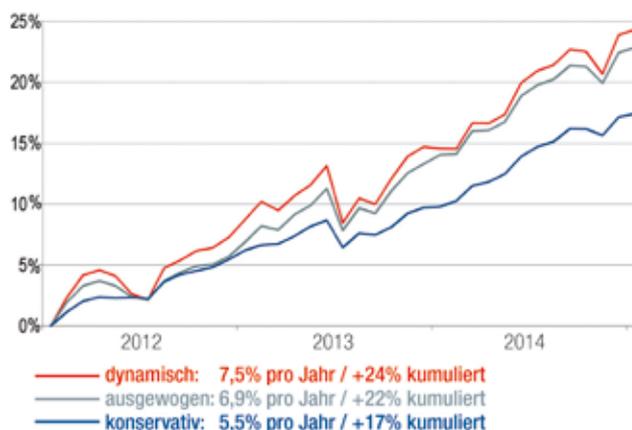


Weitere Informationen

Bei Fragen stehen Ihnen die MitarbeiterInnen der Serviceline der VBV-Pensionskasse unter 01/240 10-678 gerne zur Verfügung.

Wenn Sie vorsorgen möchten: Sie erhalten vom Informationsservice oder von den zuständigen Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen der MA 2 und im Bereich der Magistratsdirektion-Personalstelle Wiener Stadtwerke von den Kollegen und Kolleginnen der jeweiligen Personalabteilung und der Gehaltsverrechnung (WPG) die konkreten Informationen.

Veranlagungsergebnis Pensionskasse 2012-2014:



Die Vorteile auf einen Blick:

- Mit Eigenbeiträgen erhöhen Sie Ihre Zusatzpension!
- Sie können – unabhängig von der Höhe des Dienstgeberbeitrages – jährlich bis maximal € 1.000,- ansparen (§108a EStG).
- Ihr Eigenbeitrag wird mit einer attraktiven staatlichen Prämie von 4,25% gefördert (§108a EStG, Stand 2015).
- Sie sind an keine bestimmte Laufzeit gebunden!
- Niedrige Kosten!
- Die Pension aus Eigenbeiträgen ist zu 100% steuerfrei (108a EStG).

Die Bedingungen für Dienstgeberbeiträge und Eigenbeiträge hängen von den vertraglichen Vereinbarungen des Pensionskassenmodells ab. Eine Performance aus der Vergangenheit lässt keine Rückschlüsse für die Zukunft zu. Alle Angaben beziehen sich auf Stand 1.1.2015. Trotz sorgfältiger Erstellung sind Irrtümer möglich und eine Haftung ausgeschlossen.

Partnerschaft: Nur mit dir - Für immer dein

Wann wird der Freund zum Partner, die Freundin zur Lebensgefährtin?

Diese Frage behandelt zwei Seiten der Entscheidung. Zum einen gibt Mann oder Frau eine bestehende Situation auf, ist bereit, sich zu verändern. Zum anderen möchte man so viel Zeit wie möglich mit seinem Liebling verbringen.

bedrängt und reagiert deshalb eher mit dem Wunsch nach Distanz.

Eine Voraussetzung für eine funktionierende Partnerschaft ist die Bereitschaft, sich auf die Wünsche und Bedürfnisse, aber auch Ängste und Befürchtungen des anderen einzulassen und sie ernst zu nehmen. Schwerwiegende Entscheidungen wie diese müssen gemeinsam getroffen werden.

Hilfreich dabei können gemeinsame Probezeiten sein, wo man das Zusammenleben ausprobieren kann. Gemeinsame Urlaube wären ein guter Anfang, bilden aber nicht die Alltagssituation einer Partnerschaft ab. Unterschiedliche Lebensgewohnheiten, Schlafenszeiten, Arbeitszeiten etc. werden erst im alltäglichen Zusammenleben deutlich und bewusst.

Das ist jetzt auch meine Wohnung

Wichtig ist auch, wer zu wem zieht: Wie kann der neue Bewohner sich in eine bestehende Wohnsituation integrieren, sich zuhause und nicht als Gast fühlen? Das bedeutet, dass der „Altmietler“ Veränderungen durch den neuen Mitbewohner zulassen muss und der neue Bewohner die Wohnung auch zu seiner machen muss, ihr seinen Stempel aufsetzen können muss. Hier sind Konflikte meistens vorprogrammiert. Deshalb schon vor dem Einzug miteinander über die verschiedenen Gestaltungswünsche sprechen. Welche Einrichtungsgegenstände möchte der Partner mitnehmen, und wo findet er oder sie Platz für persönliche Dinge?

Auch wenn eine neue gemeinsame Wohnung ins Auge gefasst wird, ist die Planungsphase die wichtigste. Welche Art von Wohnung soll es sein? Wie groß soll sie sein? Wo soll sie liegen? Viele Fragen, die gemeinsam behandelt werden müssen und einem Kompromiss zugeführt werden sollten. Wichtig dabei ist der finanzielle Rahmen, der zuvor klar abgesteckt werden muss. Anschaffungs-, aber auch Betriebskosten dürfen das junge Glück nicht allzu sehr strapazieren.

Partnerschaft bedeutet wohl, anders als in einer Freundschaft – neben aller notwendigen Individualität – ein Mehr an Gemeinsamkeit.



BILD: © SHUTTERSTOCK

**Zusammenziehen:
Wie sich der neue
Bewohner zuhause
und nicht nur als Gast
fühlen kann.**

Die erste Seite der Medaille bedeutet meist, Abschied von einer gewohnten Beziehung, vom bisherigen Leben und einer vertrauten Umgebung zu nehmen. Denn die zweite Seite, der Wunsch nach einer Intensivierung der Liebesbeziehung, verlangt oft nach einem gemeinsamen Wohnort. Mann und Frau wollen also zusammenziehen. Entweder er zu ihr oder sie zu ihm, oder aber beide suchen nach einer neuen, gemeinsamen Wohnung.

Entscheidung, die das Leben verändert

Dieser Prozess ist sehr entscheidend, bedeutet er doch für beide eine große Veränderung im Leben. Oft geht die Initiative dafür eher von einem der beiden Partner aus. Der andere ist sich vielleicht noch nicht zu 100% sicher, ob er diesen Schritt zu diesem Zeitpunkt schon setzen will, oder hängt noch zu sehr an der vertrauten Situation. Wichtig dabei ist, dass der aktivere Teil nicht Druck auf den noch unentschlossenen Teil ausübt. Oftmals fühlt sich dieser dadurch

Allergie oder Intoleranz – der Unterschied

Bei der Allergie sieht das körpereigene Immunsystem fälschlicherweise körperfremde - eigentlich unschädliche - Eiweißstoffe (sogenannte Allergene) aus der Nahrung als „Feinde“ an und bildet Antikörper (sog. Immunglobuline) als vorbeugende Maßnahme. Geringste Mengen des allergieauslösenden Stoffes können beim nächsten Kontakt Allergiesymptome auslösen.

Eine Kreuzallergie bedeutet, dass sich bei einer bestehenden Allergie gegen einen Stoff auch eine Allergie gegen einen Stoff, der in seiner Struktur dem ersten sehr ähnlich ist, entwickeln kann. Eine Kreuzallergie kann zwischen verschiedenen Arten von Pollen auftreten. Wenn man z. B. auf Gräserpollen allergisch ist, können dieselben Antikörper, welche die Gräserpollen erkennen, auch mit den Pollen verwandter Pflanzen - z. B. mit Getreidepollen - reagieren.

Nahrungsmittelintoleranz

Ganz anders verhält es sich bei der Nahrungsmittelintoleranz. Hier hat der Körper die Fähigkeit verloren oder nie besessen, einen bestimmten Stoff zu verdauen, sodass die Symptome unmittelbar und nicht durch die Reaktion der körpereigenen Abwehr auf das Nahrungsmittel ausgelöst werden. Die Beschwerden hängen mit bestimmten Enzymen zusammen. Die Intoleranz muss nicht vollständig sein, sodass geringe Mengen des Nahrungsmittels weiter verzehrt werden können. Erst Mengen, die über der Toleranzschwelle liegen, lösen Symptome aus.

Bekannte Beispiele für Nahrungsmittelintoleranzen sind die Laktoseintoleranz, die Histaminintoleranz oder die Fructosemalabsorption.

Karin Varga und Annika Hackl
Diätologinnen am Sanatorium Hera



Häufig: Laktoseintoleranz

Die Augenabteilung des Sanatoriums Hera

Die Augenabteilung des Sanatoriums Hera mit einem Team aus AugenärztInnen und OrthoptistInnen verbindet höchsten medizinischen Standard mit der individuellen Betreuung. Im ambulanten Bereich liegt das Hauptaugenmerk auf der Rundumbetreuung - von der Brillenbestimmung über manchmal erforderliche spezielle Untersuchungen bis hin zur notwendig gewordenen Operation bei Sehfehlern, grünem Star (Glaukom), grauem Star, chronischen Entzündungen, Netzhauterkrankungen etc. Dafür verfügt die Augenambulanz über alle relevanten modernen diagnostischen Geräte zur Abklärung der vielen unterschiedlichen Netzhautveränderungen. Manchmal sind Injektionen notwendig, manchmal muss die Netzhaut mit Laser behandelt werden.

Natürlich werden mikrochirurgische Operationen des grauen und grünen Stars sowie auch der Lider durchgeführt. Die meisten Eingriffe erfolgen tagesklinisch. Die ÄrztInnen besprechen die Art der Operation sowie alle offenen Fragen (wie z. B. die Art des Linsenimplantats oder das kosmetische Resultat der Lidkorrektur) eingehend.

Viele PatientInnen vertrauen der Betreuung in der Augenabteilung des Sanatoriums über viele Jahre.



v. r. n. l. (2. Reihe): Prim.^a Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Veronika Huber-Spitz, OA. Priv.-Doz. Dr. Erdem Ergun, OA. Dr. Anton Hommer, (1. Reihe) OT.ⁱⁿ Doris Bartholner, OÄ. Dr.ⁱⁿ Nadja Karnik, OÄ. Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Alexandra Luksch, OT.ⁱⁿ Edith Janeba

Augenambulanz: 9., Lustkandlgasse 24
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 7.30 bis 12.00 Uhr.
Notfall Montag bis Freitag 8.00 bis 11.00 Uhr
Telefonische Anmeldung: (01) 31 350-45444
Montag bis Donnerstag 7.00 bis 14.00 Uhr,
Freitag 7.00 bis 13.45 Uhr

Samstag, 20. Juni: **Dekathlon**

Ultimatives Spiel-und-Spaß-Frühlingsfest der HG1: Zehn Spiel-Stationen (Putten, Elfmeter, Reisball-Werfen, Würfeln, Tennis, Bogenschießen, Kegeln, Boccia, Billard und Krocket), die alle ohne körperliche Anstrengung oder Vorkenntnisse zu bewältigen sind. Für unsere Kleinen Hüpfburg und Kinderschminken. Für Essen und Trinken ist gegen einen geringen Beitrag gesorgt. Der Erlös kommt wieder einem guten Zweck über den „Bright Eyes“-Fonds der HG1 zu gute. Keine Anmeldung erforderlich!

www.ksv-wien.at/de/sportzentrum/veranstaltungen-der-hg-1/

26. bis 28. Juni: **32. Donauinselfest**

Europas größtes Open-air-Festival mit freiem Eintritt. 19 Themenbereiche und elf Bühnen. Die „Arbeitsweltinsel“ mit engagierten KollegInnen verschiedener städtischer Dienststellen befindet sich bei der Reichsbrücke.

<https://2015.donauinselfest.at>

Wiener Stadtarchäologie zeigt „Licht für Vindobona“



BILD: © WIEN MUSEUM

Zu sehen bis 3. April 2016: Wie stand es zur Römerzeit um die Beleuchtung in einer Siedlung wie Vindobona?

Römermuseum, 1., Hoher Markt 3, Di. bis So. und Feiertag
9.00 bis 18.00 Uhr

www.wienmuseum.at, Telefon: (01) 535 56 06

www.wien.at/archaeologie

www.wienmuseum.at/de/standorte/roemermuseum.html

Sommerrodelbahn auf der Hohe-Wand-Wiese

Bis zum 31. Oktober

14., Mauerbachstraße 174-184 • Telefon: (01) 979 00 25

office@highhills.at

Öffnungszeiten nach Jahreszeiten unterschiedlich, gestaffelte Preise - siehe Homepage; Länge 850 m, Höhenunterschied 93 m, 14 Kurven, ein Erlebnis-Jump. www.highhills.at



BILD: © HIGHHILLS.AT

Die Sommerrodelbahn bietet auf ihrer rund 850 Meter langen Strecke ein besonderes Erlebnis für die ganze Familie.

Montag, 20. 7., 19.30 Uhr, **Comedy Mamis** - Musik / Kabarett



BILD: © COMEDY MAMIS

Die Comedy Mamis ...

... mit Petra Kreuzer, Nadja Maleh, Eva Maria Marold, Elke Winkens und Eva D.: Tschauner Bühne, 16., Maroltingerg. 46

Telefonische Reservierung: (01) 914 54 14, office@tschauner.at

Karten auch in allen Wien-Ticket- und ÖTicket-Verkaufsstellen.

Die Tschauner Bühne ist überdacht, daher wird bei jeder Witterung gespielt. www.tschauner.at

Samstag, 12.9., 10 bis 18 Uhr: Feuerwehrfest der **Wiener Berufsfeuerwehr** - 1., Am Hof



BILD: © GDG HG 1

Modellbaumesse und Ideenwelt

Vom 23. bis zum 26. Oktober
 9.00 bis 18.00 Uhr, am 26. 10. bis 17.00 Uhr
 Messegelände, Hallen B+C; Eingang A, 2., Messeplatz 1, Eingang D, 2.,
 Trabrennstraße 7, Tickets gelten für beide Veranstaltungen. Preise
 bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.
www.modell-bau.at



BILD: © REED EXHIBITIONS MESSE WIEN / WWW.FABSHOOTME

Termine

Samstag, 27.6., 15 Uhr: WELT - PUPPEN - THEATER.

Szenen aus der Welt des Figurentheaters
 Schuberttheater, 9., Währinger Straße 46,
 Telefon: (0676) 443 48 60, info@schuberttheater.at
 Kleines Puppentheater mit 72 Sitzplätzen, Tickets: 19 €.
 Für Welt-Puppen-Theater Karten zu € 15,- online reservieren:
schuberttheater.at/produktionen/welt-puppen-theater-die-schubert-theater-puppenshow

Bis 3.7., täglich außer Sonntag, 19.30 Uhr: Fox on The Farida
 Vienna English Theatre, 8., Josefgasse 12, Telefon: (01)402
 12 60-0, Tickets: € 24,- bis 44,- (verbilligt für Schüler und
 StudentInnen): persönlich an Vorstellungstagen Mo. bis Fr.
 10.00 bis 19.30 Uhr oder via tickets@englishtheatre.at oder
www.englishtheatre.at/english/tickets-infos/order-tickets-online.html • www.englishtheatre.at

Montag, 27.7., bis Samstag 1.8., jeweils 19.30 Uhr:
Wiener Kabarettfestival – Rathaus, Arkadenhof

27.7.: Viktor Gernot, Nadja Maleh
28.7.: Steinböck & Strobl, Gery Seidl
29.7.: Andreas Vitasek, Heilbutt und Rosen
30.7.: Alexander Goebel, Alex Kristan
31.7.: Thomas Stipsits, Stefan Haider
1.8.: Viktor Gernot, Klaus Eckel

Tickets: € 26,- bis 59,-: <https://www.wien-ticket.at/de/shop>
 Telefon: (01) 588 85 • <http://wienerkabarettfestival.at>



BILD: © RICHARD ANDRASCHKO

Gasthof Otto: ein Bierlokal, das mehr zu bieten hat.

Mein Lieblingslokal

Gasthof-Biergarten OTTO
 12., Altmannsdorfer Straße 101
 Täglich 11 bis 24 Uhr, Sonn- und Feiertag bis 22 Uhr
 Telefon: (01) 804 76 50
www.biergasthof-otto.at

In südlicher Richtung, kurz vor der Auffahrt zur Südautobahn, liegt der Biergasthof OTTO. Viele sind sicher schon oft hier vorbeigefahren. Es lohnt sich in jedem Fall, das Lokal mit seinem wunderschönen Gastgarten zu besuchen. Abgesehen von der kleinen Falle beim Eingang - „Vorsicht Stufe“ ist natürlich angeführt -, war ich sehr positiv überrascht. Die Speisekarte ist sehr umfangreich gestaltet und hält, was sie verspricht. Tagesmenüs und wöchentlich wechselnde Speisen zu unterschiedlichen Themen ergänzen das Angebot. Sehr liebevoll zubereitet und serviert, passen Qualität und Größe der Portionen perfekt zusammen. Überrascht war ich auch vom Getränkeangebot, das sowohl bei alkoholfreien Säften als auch bei unterschiedlichen Biersorten und glasweise angebotenen Weinen zu vernünftig kalkulierten Preisen überzeugen konnte. Trotz der Größe des Lokals ist der Wohlfühlfaktor garantiert. Reservierung auch online möglich.

Bewertung:

Küche:	30 (von 35)
Service:	15 (von 15)
Preis/Wert:	19 (von 20)
Keller/Getränke:	9 (von 10)
Atmosphäre:	14 (von 15)
Familie:	4 (von 5)
Insgesamt:	91 (von 100)

Antraglose Familien- beihilfe bei Geburt eines Kindes

Alle frischgebackenen Eltern können ein Lied davon singen, welche Mühen es mit sich bringt, alle Behördenwege in der vorgeschriebenen Frist einzuhalten. Zum einen ist innerhalb der acht Wochen Schutzfrist nach der Geburt des Kindes Beginn und Ende der Elternkarenz bei der Dienstgeberin bekanntzugeben. Zum anderen ist die Entscheidung zu treffen, welche Variante des Kinderbetreuungsgeldes die lukrativste ist; wie sich die Varianten des Kinderbetreuungsgeldes mit der Elternkarenz (bis zum 2. Geburtstag des Kindes) vereinbaren lassen.

Liegen alle Voraussetzungen und Informationen für die Gewährung der Familienbeihilfe vor, brauchen die Eltern keinen Familienbeihilfeantrag mehr auszufüllen und auch nicht mit dem zuständigen Finanzamt Kontakt aufzunehmen. Sie erhalten ein Informationsschreiben über den Familienbeihilfeanspruch; die Familienbeihilfe wird auf Ihr Konto überwiesen.

Kein Rechtsanspruch auf automatische Auszahlung

Sollten dennoch Daten (z. B. Kontonummer) oder Informationen fehlen, werden die Eltern vom Finanzamt schriftlich ersucht, diese nachzureichen. Ist das erledigt, wird die Familienbeihilfe automatisch ausbezahlt.

Diese Neuerung ist eine sehr gute und positive, im Sinne der Bevölkerung geschaffene Vereinfachung für Eltern.

Ein Rechtsanspruch auf automatische Auszahlung der Familienbeihilfe besteht nicht. Sollte in einigen Fällen nach wie vor ein Antrag auf Gewährung der Familienbeihilfe gestellt werden müssen, kann man das auch online abwickeln, und man erspart sich einen Behördenweg. Die entsprechenden Formulare zur Antragstellung können online bezogen werden.

 regina.mueller@wien.gv.at



BILD: © SHUTTERSTOCK / HALFPPOINT

Frischgebackene Eltern wissen ein Lied von den Behördenwegen zu singen.

Einfacher: Automatisierte Auszahlung der Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe wurde bisher nur dann durch das Finanzamt ausbezahlt, wenn ein Antrag auf Gewährung beim zuständigen Wohnsitzfinanzamt gestellt wurde und alle erforderlichen Unterlagen vorgelegt waren.

Seit 1. Mai gibt es anlässlich der Geburt eine Serviceoptimierung für uns BürgerInnen. Die Daten des Kindes und die Personenstandsdaten der Eltern werden im Zentralen Personenstandsregister erfasst, und die Familienbeihilfe wird automatisch von Amts wegen gewährt.

Die Frauenabteilung der HG1 berät Gewerkschaftsmitglieder bei Fragen rund um das Kinderbetreuungsgeld und Elternkarenz. Terminvereinbarung unter (01)4000-83902 oder per Mail: regina.mueller@wien.gv.at www.bmf.gv.at/top-themen/Antraglose_Familienbeihilfe.html

Fragen beantwortet auch das Infocenter des jeweiligen Finanzamtes <https://service.bmf.gv.at/>  Ämter und Behörden  Finanzämter

JVP-/JVR-Wahl: Nur die FSG kandidierte

Dieses Jahr wurden wieder - vom 13. bis 17. April - die Jugendvertrauenspersonen und Jugendvertrauensräte gewählt. Auf den ersten Blick wenig demokratisch, konnte nur die Fraktion FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) gewählt werden. Wieso nur eine Fraktion? Weil sich nur die FSG für die jungen ArbeitnehmerInnen engagiert. Die Wahlbeteiligung von rund 80% zeigt, dass die Jugend von heute weder faul noch desinteressiert ist. Das sind die gewählten Vertrauenspersonen: Janine Skof (Vorsitzende), Michael Hiemetzberger, Melanie Rabl und Petrissa-Bianca Wolf (Stellvertretende Vorsitzende) sowie Carina Cestnik, Michael Hiemetzberger, Petrissa-Bianca Wolf, Emre Ayyürek, Melanie Rabl, Thomas Ellend, Seraphina Fuchs, Raffaella Grünauer, Franziska Jurman, Vinay Kumar, Ahmet Marangoz, Stefan Markovic, Selina Richter, Denise Yilmaz, Lukas Vajdovsky und Marc Woller.

janine.skof@wien.gv.at

Donauinselfest 26. bis 28. Juni

Dieses Jahr findet das (32.) Donauinselfest von 26. bis 28. Juni statt. So wie letztes Jahr wird die Hauptgruppe 1-Jugend auf der sogenannten „Arbeitsweltinsel“ (U1-Station Donauinsel) vertreten sein, welche traditionell viele Besucher anlockt. Für Kinder gibt es wieder die Möglichkeit, sich schminken zu lassen. Die GdG-KMSfB-Jugend übernimmt heuer das „Wunden-Schminken“. Das macht den Kleinen immer Spaß.

raffaella.gruenauer@wien.gv.at

Jugendsporttag seit einem halben Jahrhundert

GdG-Jugendabteilung und Wiener Gewerkschaftsjugend gestalteten am 28. Mai den 50. Jugendsporttag, ins Leben gerufen speziell für Jugendliche in Ausbildung. Den Jugendlichen wird immer einen ganzen Tag lang jede Menge Action, Vergnügen und Sport geboten. Diverse Sportaktivitäten wie ein Fußballturnier, ein Beachvolleyballturnier, eine Tischtennisstation sowie eine Basketballstation konnten ausprobiert werden. An der Selbstverteidigungsstation konnte man verschiedene Kampfsportarten kennenlernen. Speziell für tanzfreudige Mädchen gab es im Power Gym eine Bodywork-, Salsa-, Zumba- und Hip-Hop-Station.

raffaella.gruenauer@wien.gv.at



Der Jugendsporttag, speziell für Jugendliche in Ausbildung.

Fackelzug

Wie jedes Jahr fand am 30. April der Fackelzug unter dem Motto „Kein Platz für Rassismus“ statt. Er beginnt immer bei der Oper, führt durch die Innenstadt und endet mit einer Kundgebung und einem Konzert auf dem Rathausplatz. Die GdG-Jugend war dabei stark vertreten, weil wir uns ausdrücklich gegen Rassismus, Faschismus und Nationalismus stellen. In Wien ist kein Platz dafür. Wir bekennen uns daher zu „Aktiv gegen Rechts“.



Jesolo

Unsere jährliche Sommerreise führte uns dieses Jahr mit 120 Jugendlichen zurück zu den Wurzeln nach Jesolo! Für viele Lehrlinge war es der erste Urlaub am Meer.

christopher.kleinlein@wien.gv.at

Der direkte Draht zur FSG-Jugend
www.gdg-kmsfb-jugend.at
www.facebook.com/gdgkmsfbjugend

Inklusion für ein neues Miteinander

Seit Österreich 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, ist die Diskussion über die Inklusion aus der täglichen Berichterstattung der Medien nicht mehr verschwunden. In diesem Übereinkommen wurde bestimmt, dass sämtliche Menschenrechte uneingeschränkt auch für alle Menschen mit Behinderung gelten. Inklusion (lat.: „enthalten sein“) bedeutet also, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Konvention für Behinderte ohne Behinderte

Um dieses Menschenrecht umzusetzen, sind Kommunen verpflichtet, ihre Infrastruktur barrierefrei zu gestalten. Diese Aufgaben hat die Stadt Wien bereits in vielen Bereichen wahrgenommen. Vorausschauend barrierefrei zu bauen spart notwendige zukünftige Umbauten: Man muss rechtzeitig drauf schauen, dass man's hat, wenn man's braucht.

Vor der Erstellung von Projekten und Maßnahmen, die Menschen mit Behinderung betreffen, sind sie und deren Vertretung aktiv einzubeziehen. Das verlangt die UN-Behindertenrechtskonvention, und es gilt ohne Einschränkung für Bund, Länder und Gemeinden. Medien haben moniert, dass die Zielvereinbarung für eine einheitliche Umsetzung der Konvention in Österreich ohne Einbindung von Menschen mit Behinderung vorangetrieben wird.

Betriebliches Eingliederungsmanagement, Stressprävention

Darüber hinaus setzt Inklusion voraus, dass alle Menschen mit und ohne Behinderung in ihrer Verschiedenheit als vollwertige Mitbürger angesehen werden. Dies bedeutet, dass die Bedürfnisse Einzelner wahrgenommen werden, sodass deren Teilhabe ermöglicht wird, etwa durch ausreichend Unterstützung und Assistenz am Arbeitsplatz. In der Stadt Wien wurden Projekte wie Betriebliches Eingliederungsmanagement, sanfter Wiedereinstieg nach längerem Kranken-

**Barrierefreie Ausstattung
öffentlicher Gebäude:
„Rechtzeitig drauf schauen,
dass man's hat, wenn man's
braucht.“**



BILD © HGT

Ein sympathisches Team in der Zentrale der Wiener Behindertenvertretung. V.l.n.r.: Roman Amri, Mag. Gaby Karoh, Teamsekretärin Gerda Stubenbauer-Schehswendter, Mag. Harald Castek (Behinderten-Landessprecher)

stand und Stressprävention in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Vorsorgezentrum des Sanatoriums Hera sowie mit „fit2work“ in diesem Sinne bereits umgesetzt. Weitere werden wohl folgen.

Außerdem sind auch die MitarbeiterInnen gefordert, sich zu ändern: Der Umgang mit Behinderten wird in Zukunft offener, respektvoller und selbstverständlicher werden, denn die vielen Vorschriften in Gesetzen sollen auch gelebt werden. Inklusion ist also ein Modell für das Zusammenleben in einer Gesellschaft - es bedingt somit ein neues Miteinander!

Jeder will wertschätzend behandelt werden

Die Behindertenvertrauenspersonen bemühen sich, einen Beitrag zu leisten, damit KollegInnen mit Behinderung gleichberechtigt und diskriminierungsfrei ihre Leistung erbringen können. Inklusion sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein und keiner Vermittlung durch Behindertenvertrauenspersonen bedürfen. Denn jeder weiß im Innersten, dass er selbst gerne wertschätzend und respektvoll von anderen behandelt werden möchte: „So wie du in den Wald rufst, so hallt es zurück.“

harald.castek@wien.gv.at • gabriele.karoh@wien.gv.at
roman.amri@wien.gv.at

Kontakt zur Behindertenvertretung

1., Ebendorferstraße 2, 7. Stock, Zimmer 724
Telefon: (01) 4000-86262 • behinderte@hg1.magwien.gv.at

Wenn Sie zu einem ungestörten Gespräch kommen wollen, vereinbaren Sie bitte einen Termin.

- Gesundheits- und Vorsorgezentrum des Sanatoriums Hera: www.hera.co.at/de/gesundheits-vorsorgezentrum/info
- fit2work (Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, beruflicher Wiedereinstieg): www.fit2work.at/home/Regionale_Infos/Wien/?lang=DE

222 in Grundkursen der Hauptgruppe 1

Solide Qualifizierung unserer FunktionsträgerInnen in Personalvertretung und Gewerkschaft ist eine Hauptaufgabe des Bildungsreferates.

Um dies zu erreichen, werden für die bei der letzten Wahl neu gewählten FunktionärInnen Grundkurse abgehalten, um sie bestmöglich zu schulen und ihnen die Kompetenzen für die Arbeit in den Dienststellen mitzugeben.

Die Hauptgruppe 1 hat von Herbst 2014 bis Frühjahr 2015 ihre Grundkurse 1 abgehalten. 222 PersonalvertreterInnen haben an diesen Kursen bereits teilgenommen. Derzeit sind noch über 40 Personen vorgeplant, die leider aus dienstlichen, privaten oder gesundheitlichen Gründen verhindert waren. Für diese KollegInnen werden im Herbst 2015 noch weitere Kurse angeboten werden.

Nackt ist der Gesetzestext, praxisnah sind die Beispiele

Die Organisation der Kurse bedeutet hohen organisatorischen Aufwand. Der Vorlauf für einen Grundkurs beträgt rund zehn bis zwölf Wochen, da neben der Reservierung der Seminar- bzw. Hotelräumlichkeiten und der eventuell notwendigen Busse auch für die eingeteilten KollegInnen die Freistellungen bei der Dienstgeberin beantragt werden müssen. Daher ist es besonders wichtig, dass die TeilnehmerInnen die eingeteilten Termine unbedingt einhalten.

Viel Arbeit wurde seitens des zentralen Bildungsreferates gemeinsam mit den Hauptgruppen in das neue Design der Kurse gesteckt. Es wurde für alle Wiener Hauptgruppen vereinheitlicht, aber mit der Möglichkeit, auf hauptgruppenspezifische Themen Rücksicht nehmen zu können. Die Kursinhalte setzen sich aus gewerkschaftlichen Grundsatzthemen, aus einem Kommunikationsteil sowie den gesetzlichen Grundlagen wie dem Wiener Personalvertretungsgesetz, der Dienst- und Vertragsbedienstetenordnung und der Besoldungsordnung zusammen. Die Präsentationen wurden komplett neu überarbeitet und den neuesten gesetzlichen Grundlagen angepasst. Die ReferentInnen legen großen Wert darauf, den Unterricht mit Praxisbeispielen aufzulockern und nicht nur den „nackten“ Gesetzestext darzustellen.

20 TrainerInnen lehren und lernen selbst

Dies wird spätestens ab Jänner 2016 in den Grundkursen 2 eine Fortsetzung finden. Die Themen aus dem Grundkurs 1 werden weitergeführt und das Personalvertretungsgesetz durch Bedienstetenschutz



BILD: © EINER DER SEMINARRÄUME IM VITAL HOTEL STYRIA

und Pensionsordnung ersetzt. Derzeit wird bereits an den neuen Präsentationen gearbeitet, damit unseren neuen FunktionärInnen die aktualisierten Themen nähergebracht werden können.

Einen wichtigen Anteil an der Ausbildung haben die TrainerInnen. Sie müssen sich immer auf dem neuesten Stand der Gesetze halten, aber daneben auch an ihrer eigenen Weiterbildung arbeiten. Hier steht für die TrainerInnen die ReferentInnenakademie des VÖGB zur Verfügung. Das Angebot reicht hier vom Modul Didaktik und Planung über Methoden sowie Gewerkschaft, Politik, Gesellschaft bis zum Modul Medien, Techniken und Materialien. Zusätzlich ist es der Hauptgruppe 1 gelungen, das TrainerInnenteam nicht nur zur verstärken, sondern auch zu verjüngen, um den Wissenstransfer in der Praxis zu leben. Ein Anliegen war es hierbei, verstärkt Frauen für die Vortragstätigkeit zu gewinnen und dabei auch für mehr geschlechterspezifische Ausgeglichenheit zu sorgen.

Die Hauptgruppe 1 kann derzeit bereits auf ein Team von 20 TrainerInnen zugreifen und damit eine hohe Ausfallsicherheit für die Kurse gewährleisten.

In der letzten Saison haben mehr als 200 KollegInnen an der Grundausbildung teilgenommen.

Frühlingsfest der **HG1** für **Bright Eyes**

Ein Frühlingsfest veranstaltete unsere Gewerkschaft-Hauptgruppe im Mai auf der Piazza des Thomas-Klestil-Platzes. Mit dabei der Kreativclub work2gether, ein Infostand des Hygienezentrums der MA 15 und kulinarische Köstlichkeiten.

Zum ersten Mal waren 2014 bei den Arkadengesprächen Kreationen und wahre Kunstwerke der „BastlerInnen“ der MA 15, die im „work2gether mit EMMA 15“ entstanden waren, zu bewundern und – vor allem – käuflich zu erwerben. Der reißende Absatz der Werkstücke setzte sich bei Märkten im Rathaus und in Town-Town fort. So kamen bisher über € 7.000,- in die Spendenbox. Die gesamten Einnahmen kommen/kamen „Bright Eyes“ zugute. Mit den Einnahmen werden in Not geratene KollegInnen und/oder deren Familien unterstützt (so wurde z. B. ein Spezialrollstuhl für ein Kind mitfinanziert). Unzählige Stunden Freizeit haben die KollegInnen bereits in ihre Handwerksstücke investiert! Wenn Sie Interesse an den Kreationen haben, schicken Sie uns eine E-Mail. Vorbeischauen zahlt sich aus! Denn wie sagte schon Aristoteles? „Freude an der Arbeit lässt das Werk trefflich geraten!“

✉ elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Frühlingsfeste auch im **Star 22** und in der **Muthgasse**

Zwei weitere Frühlingsfeste - im April im Star 22 in der Stadlauer Straße und im Mai im Amtshaus Muthgasse 62. Alle Feste wurden von Hunderten KollegInnen der umliegenden Dienststellen und Betriebe besucht. Zu kleinen Speisen und kühlen Getränken gab es auch musikalische Unterhaltung. Neben unserem Ehrengast Bürgermeister Michael Häupl konnten wir auch Personalstadträtin Sandra Frauenberger, Landtagspräsidenten Professor Harry Kopietz, Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner, Magistratsdirektor-Stellvertreter Mag. Wolfgang Müller, Bereichsleiter Herrn OSR Mag. Dipl.-Ing. Dr. Franz Oberndorfer, einige AbteilungsleiterInnen und noch viele andere Persönlichkeiten aus Politik und Magistrat begrüßen.

✉ michael.witzmann@wien.gv.at

„Like“ für Sozialprojekt beim **Zentralen Einkauf**

Die KollegInnen des Dienststellenausschusses „Zentraler Einkauf“ lud die Belegschaft auf Kuchen und Getränke ein. Diese griffen gerne zu Köstlichkeiten und Selbstgebasteltem. Mit der guten Summe von 338,- Euro konnten wir für acht Kinder aus den Sozialpädagogischen Regionen des Jugendamts Roller und Werkmaterial besorgen. Drei Kartons, gefüllt mit Spielen, Stofftieren und Büchern und gesammelt von der Belegschaft machten den Buben und Mädchen viel Freude.

✉ jelka.froehlich@wien.gv.at

Gewerkschaftsmitglieder **urlauben** am **Kreischberg**

Nicht nur arbeitsrechtliche Betreuung, sondern auch günstige Angebote für die Freizeit bietet die Gewerkschaft in der Hauptgruppe 1. Völlig trendy rauchfrei ist die immer wieder gern gebuchte Ferienwohnung „Steinhof“ in St. Lorenzen des Schi- und Wandergebiets Kreischberg. Bis zu acht Personen finden dort Platz, Hunde und andere kleine Haustiere dürfen mitgenommen werden. Die Kosten sind mit € 250,- bis € 390,- (je nach Saison) plus Endreinigung pro Woche und pro Wohnung absolut fair. Der 80 km lange Murradweg führt direkt am Haus vorbei. Der Tourismusverband veranstaltet begleitete Wanderungen, Konzerte und Feste.

- www.ferienhaus-kreischberg.eu
- www.murradweg.com/de
- www.stlorenzen.at/veranstaltungen.html

Buchungsanfragen:

Beate Orou, Montag bis Freitag 8.00 bis 15.00 Uhr
Telefon: (01) 4000-83714 • Fax: (01) 4000-99-83714
E-Mail beate.orou@wien.gv.at

1010 Wien, Zelinkagasse 4, 2. Stock, Top 3

- www.fsg-hg1.at/service/urlaubshaeuser/exklusiv-fuer-hg1-mitglieder/



Die Kids lieben ihre neuen Roller und sind damit jeden Tag im Freien.

Kinder- und Jugend-Tenniscamp

Gewerkschaftsmitglieder haben's besser: Sie zahlen um 20 Prozent weniger, wenn sie ihre Kinder am Kinder- und Jugend-Tenniscamp bei der Kultur- und Sportvereinigung der Wiener Gemeindebediensteten (KSV) teilnehmen lassen. Am Training in Vierer- und Fünfer-Gruppen, an Motorikprogramm, Koordinationstraining und Abschlussturnier können Kinder zwischen 5 und 14 teilnehmen. Zwischen 8.00 und 16.00 Uhr werden sie von einem Tennislehrer betreut. Termine: 6. bis 10.7. und 31.8. bis 4.9.

Kosten: € 250,-, für Gewerkschaftsmitglieder: € 200,-

Anmeldung: KSV, 2., Rustenschacheralle 3, Telefon: (01) 720 84 91

www.ksv-wien.at/de/sportzentrum/jugendcamps/tennis/tennis-camp-2015-anmeldung/



Mit vollem Einsatz beim Kinder- und Jugend-Tenniscamp.

Minigolf auf dem KSV-Platz

Höchstens sechs Schläge auf 18 Bahnen sind die Herausforderung für den Sieg, auch auf der Minigolfanlage des KSV. Die Bahnen liegen, was in der heißen Zeit sehr angenehm ist, teilweise im Schatten. Erwachsene zahlen pro Runde € 4,-, Kinder bis 14 nur € 2,-. Erfrischungen gibt's gleich nebenan im Atrium Restaurant. Termine buchen unter Telefon: (01) 720 84 91.



Jedem seine private Meisterschaft auf der Minigolfanlage in der Rustenschacheralle 3.



Kultur- und Sportvereinigung
der Wiener Gemeindebediensteten

Tennismannschaftsmeisterschaft bis Ende Oktober

Im April 2015 startete die 23. Tennismannschaftsmeisterschaft der HG1. Insgesamt nehmen heuer elf Mannschaften daran teil. Spätestens am 31. Oktober stehen die neuen Meister in den zwei Spielklassen fest. Ergebnisse und Tabellenstände werden auf www.ksv-wien.at veröffentlicht.



Das Starterfeld umfasst bis zu 28.000 TeilnehmerInnen.

HG 1 unterstützt Teilnahme am Businessrun

Die HG1 unterstützt auch heuer wieder 150 Teams finanziell bei der Teilnahme am Wien Energie Business Run am 3.9. Anmeldeschluss ist am 21.8. Zu laufen sind 4,1 Kilometer. Jedes Unternehmen kann mehrere Dreier-Teams entsenden. Innerhalb des Laufs suchten Arbeiterkammer Wien und Österreichischer Gewerkschaftsbund als Kooperationspartner die schnellsten BetriebsrätInnen Wiens.

www.businessrun.at/de/alle-infos

Unterstützung der HG 1 gab's auch für Feuerwehrlauf

Mehr als 100 KollegInnen nahmen am 18. Wiener Feuerwehrlauf im März teil und wurden von der HG1 finanziell unterstützt. Der Lauf wurde in memoriam des bei einem tragischen Einsatzunfall ums Leben gekommenen Oberfeuerwehrmannes Michael Podhornik abgehalten. Der nächste Feuerwehrlauf findet voraussichtlich am Samstag, dem 2. April 2016, statt. Ergebnislisten: www.feuerwehrlauf.at

Historischer Stadtspaziergang

Einen Stadtspaziergang anlässlich des 70-jährigen Bestands des ÖGB, dessen Gründung noch von der sowjetischen Militärkommandatur genehmigt werden musste, kann man mit Hilfe von <http://gewerkschaftsgeschichte.at> absolvieren. Ein zugehöriger Stadtplan kann unter kultur@oegb.at bestellt werden. Für die 20 Stationen rechnen die AutorInnen mit etwa zwei Stunden.

Sprüche nicht nur zum Klopfen

„Lohnerhöhung jedes Jahr wär ohne Gewerkschaft undenkbar“ (Gerald Heißenberger), „Der ÖGB ist jene Kraft, die für uns faire Arbeit schafft“ (Robert Laurentsichs), „Gestern, heute, morgen, der ÖGB kümmert sich um deine Sorgen“ (Mario Drapela) wurden zu den besten Sägern aus dem Sprüchewettbewerb gewählt, den der Gewerkschaftsbund ausgeschrieben hatte und in dem die ÖGB-Erfolge dargestellt werden sollten.

HG1 beim Maiaufmarsch im geschichtsträchtigen Jahr

Die Republik feiert heuer ihr 70-jähriges Bestehen: Am 27. April 1945, nur rund zwei Wochen nach der Befreiung Wiens durch Sowjettruppen, unterzeichneten SPÖ, ÖVP und KPÖ, die drei Gründungsparteien der Zweiten Republik, die Proklamation über die Unabhängigkeit Österreichs. Zehn Jahre



HG1-Vorsitzender Norbert Pelzer nahm wie viele KollegInnen der HG1 aus Überzeugung am Maiaufmarsch teil: Was sie erreicht haben und wofür sie stehen, soll den SozialdemokratInnen erst jemand nachmachen.

später hat uns der Staatsvertrag die Freiheit und ein paar Monate später den Abzug der Besatzungstruppen beschert.

Dass sich die SozialdemokratInnen seit 125 Jahren alljährlich am 1. Mai zu Kundgebungen versammeln, um an ihre sozialpolitischen Errungenschaften zu erinnern und zur Solidarität aufzurufen, ist nicht selbstverständlich. Anderswo setzt die Polizei Tränengas ein, um das Demonstrationsverbot durchzusetzen. Vor 126 Jahren wurde beim Hainfelder Einigungsparteitag die SPÖ gegründet.

Und weil gerade über 150 Jahre Ringstraße jubiliert wird: Darin stecken Blut, Schweiß und Tränen unzähliger armer Menschen aus Böhmen und Mähren, die in Heinrich Drasches Ziegelwerken ums Überleben kämpften, sowie aus dem Friaul und der Provinz Belluno als Arbeiter an Rathaus und Votivkirche. Auf die Hilfe der Gewerkschaften durften sie nicht hoffen, denn die gab's damals noch längst nicht so, wie uns das heute selbstverständlich ist. Mit dem Streik des Jahres 1895 erkämpften die Ziegelarbeiter nicht nur den Elf-Stunden-Arbeitstag und ungleich höhere Entlohnung – auch wurde der Sonntag zum arbeitsfreien Tag ausgerufen.

- www.betriebsraete.at/cms/S06/S06_999_Suche_300.a/1342556541439/suche/70-jahre-oegb
- <https://spoe.at/erstermai/arbeit-vollbeschaeftigung-und-faire-loehne>
- <http://orf.at/stories/2276443/2275943/>
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Ziegelboehm>
- http://diepresse.com/home/wirtschaft/hobby-oekonom/693694/Wien-um-1900_Ueber-Ziegel-behm-und-Maltaweiber

Bitte vormerken: Arkadengespräche, Ehrungen



HG1 lädt die Geehrten in den Festsaal des Rathauses ein.

Die nächsten Arkadengespräche mit HG1-Vorsitzendem Norbert Pelzer und seinem Team finden am 30.11. statt.

Zur Ehrung für 25- bzw. 40- oder sogar 50-jährige Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wurden die betreffenden 916 Mitglieder persönlich für den 4.11. zu einem Festakt ins Rathaus eingeladen. Alle konnten ihr persönliches Geschenk – z. B. Brunch-, Theater- oder Urlaubshotelgutscheine – auswählen.

MAGISTR ART

Das Podium für Kunst & Können im Wiener Magistrat

Wir suchen Gedichte, Kurzgeschichten, Lyrik, Satiren, Fotos, Aquarelle, Zeichnungen, Skulpturen, Keramik, Handarbeit, Kompositionen, Schauspiel, Tanz, Artistik - also alles, was Kunst & Können zu bieten haben.

Wenn Sie eine kreative Mitarbeiterin oder ein kreativer Mitarbeiter sind, schreiben Sie uns - und vielleicht sind dann Ihre Werke demnächst auf dieser Seite zu sehen. Mit Ihrer Einreichung sind Sie mit einer honorarfreien Veröffentlichung in der Zeitschrift „teamwork“ sowie auf www.fsg-hg1.at einverstanden.

Die Beschreibung Ihrer Arbeit und die Kontaktdaten sollten als Word-Dokument übermittelt werden. Die angehängten, aber nicht ins Word-Dokument eingebauten Fotos in den Formaten *.jpg oder *.tif sollten max. 800 x 600 Pixel, Auflösung mindestens 72 dpi, haben.

„Stift Klosterneuburg“ -
Acryl auf Leinwand,
70 x 50 cm

Andreas Giegerl, MA 6,
andreas.giegerl@wien.gv.at

Kontaktadresse: magistrART@hg1.at





**Wir
wünschen
Ihnen einen
erholsamen
Sommerurlaub!**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen. Hauptgruppe 1.

teamwork

Nr. 2/2015

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

GZO2Z030516S

DVR: 0046655